

3 Jahre Finanz- und Staatsschuldenkrise – 1. Teil

## In der Schuldenfalle!



Robert Meyer,  
Stadtrat,  
Präsident SD  
Stadt Bern,  
Bern

### Einleitung

Im Herbst 2008 erschütterte die Finanzkrise die Welt. Die Gründe (vor allem, aber nicht nur das unverantwortliche Hypothekarkreditsystem und die Immobilienblase in den USA) sind hinlänglich bekannt. Vor allem wegen der historischen Erfahrung (Zwanzigerjahre, Grosse Depression) glaubten zahlreiche Länder, sie müssten mit Milliardenbeträgen das Bankensystem retten. Diese Milliarden hatten sie aber nicht wirklich, sondern mussten ihrerseits dieses Geld am Markt aufnehmen. Die «Retter» sind ja nicht Länder wie China, Norwegen, Singapur oder

### POSTCODE

AZB 3806 Bönigen

Kuwait, die wirklich Geld auf der Seite haben, sondern bereits hoch verschuldete Staaten. Das Grundproblem, ein aufgetürmter Schuldenberg bzw. als dessen Kehrseite aufgeblähte «Vermögenswerte» in den Bilanzen, wurde dadurch nicht aus der Welt geschafft, sondern nur auf eine höhere Ebene, von den Banken zu den Staaten verschoben. Schon viel absehbarer als die Krise vom Herbst 2008 war dann,

dass mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung die überdeckte Schuldenproblematik auf Ebene der Staaten wieder auftaucht. In der neuesten Entwicklung (EU-Rettungsschirme) wird die nicht mehr werthaltige Kapitalanhäufung nun nochmals auf eine höhere Stufe gehievt, jener der supranationalen Ebene der EU und des Internationalen Währungsfonds IWF. Da darüber nur noch der liebe Gott steht, der bekanntlich kaum für monetäre Belange zuständig ist, hat man «das Ende der Fahnenstange» erreicht.

### Das «Zettelspiel»

Fünf Freunde sitzen in der Kneipe beim Bier. Da fällt dem Ersten ein, dass er kein Geld dabei hat. Er fragt den Wirt, ob er «anschieben» lassen kann, was dieser etwas unwillig erlaubt. Da bemerkt der Zweite, dass auch er kein Geld mit sich hat. Der Wirt wendet sich an den Dritten, den er als kreditwürdig kennt, ob nicht dieser den ersten zwei die Zeche vorschliessen könne. Der Dritte ist grundsätzlich bereit, kann aber auch nicht cash zahlen. Er schlägt deshalb vor, er garantiere für die ersten zwei. Er schreibt dies auf einen Zettel und gibt diesen dem Wirt. Da die Runde munter weiter zecht, wird der Wirt dann doch etwas unruhig und fragt

### Nationalratswahlen SD-Listen

- > Aargau Liste 8
- > Baselland Liste 9
- > Bern Liste 16
- > Luzern Liste 20
- > Zürich Liste 25
- > Vaud/Waadt liste 3

bitte leere Linien leer lassen

Bitte die SD-Liste immer unverändert wählen. In Kantonen, wo wir keine eigene Liste haben, bitte nur einzelne Kandidierende anderer Parteien wählen – keine ganzen Listen anderer Parteien!  
Vielen Dank für die Unterstützung. *SD-Parteileitung*

Gast Nummer 4, ob der wenigstens genug Geld bei sich habe, was dieser aber verneint. Nun verlangt der Wirt Geld, bevor er weitere Biere bringt. Gast Nummer 5 behauptet, sehr solvent zu sein, und schlägt vor, dass nun er für alle bürgt. Einmal misstrauisch geworden, reicht dies dem Wirt aber nicht. Die fünf hecken nun beim Bier eine geniale Idee aus: Sie gründen eine Solidargemeinschaft. Jeder bürgt gegenüber dieser. Und sie überreichen dem Wirt eine Garantie des Vereins, dass dieser für die ganze Rechnung einsteht. Der Verein sei sehr solvent, da ja alle fünf für diesen bürgen. Jetzt hoffen alle, dass der Wirt beruhigt und zufrieden

sei. Beim Wirt bleibt aber ein ungutes Gefühl. Es ist dasselbe unguete Gefühl, dass die Finanzmärkte gegenüber der EU und ihren Milliarden-Bürgschaften haben.

### Weshalb verschulden sich Staaten über Gebühr?

Schulden bedeuten, dass ein Staat einen (zum Teil recht hohen) Teil seiner Ausgaben für Zinsen aufwenden muss und somit nicht für Produktiveres einsetzen kann. Schulden bedeuten immer auch eine Einschränkung des Handlungs-

Fortsetzung Seite 2

**Bist Du gegen die Einwanderung, Übervölkerung und Überfremdung? Hast Du schon Unterschriften gesammelt für die SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau?**

**Sammler jetzt oder verteile Bögen in Deinem Dorf oder Deiner Stadt!**

Unter [www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch) kannst Du die Bögen runterladen. Du kannst aber auch einfach anrufen und gratis Bogen bestellen unter der Telefonnummer 031 974 20 10. Oder Du kannst den Bestellbogen auf der letzten Seite einsenden.

### Inhalt

- 4 Jubiläumfeier war ein voller Erfolg
- 5 Unsere Partei ist 50 Jahre jung! – Teil 7
- 6 Auch Heuchler müssen sterben
- 7 Waadtländer Grosser Rat fordert härtere Strafen
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Der Chefökonom der Economiesuisse im Abseits!
- 15 Leserbriefe

## In der Schuldenfalle

Fortsetzung von Seite 1

spielraums eines Staates. Schulden haben zudem etwas undemokratisches, da sie an zukünftige Generationen und an eine spätere (allenfalls politisch anders ausgerichtete) Regierung weitergereicht werden. So sollte man meinen, dass Staaten eigentlich kein Interesse haben müssten, sich hoch zu verschulden. Dass sie es dennoch tun, hängt daran, dass es für die Politiker in Demokratien immer attraktiver ist, Geld zu verteilen oder Investitionen zu tätigen, als nichts zu tun. Der Politiker tritt irgendwann mal von der Bühne ab; die Langfristschulden des Staates belangen ihn persönlich dann nicht mehr.

### Die Problematik der Schuldenfalle

Mit der Ausgabe von Obligationen nehmen die Staaten Geld zu einem fixen Zinssatz auf und verpflichten sich zur Rückzahlung auf einen bestimmten Zeitpunkt. Nun kann aber praktisch kein Land bei Ablauf (wie es eigentlich die Idee wäre) effektiv die Obligationen zurückzahlen, sondern die Rückzahlung wird durch die Ausgabe neuer Obligationen refinanziert. So erhalten Staatsschulden den Charakter einer «ewigen Anleihe». Dieses Modell setzt voraus, dass Investoren immer wieder, auch in Zukunft, den Staaten neues Geld leihen wollen und mit einem moderaten Zinssatz zufrieden sind. Wird aber klar, dass ein Staat Probleme hat, sind die Investoren (Banken, Pensionskassen, Privatanleger) entweder überhaupt nicht mehr bereit, neue Obligationen zu zeichnen, oder sie verlangen einen sehr hohen Zins als Risikoprämie. Der sogenannte Zins-Spread (Zinsdifferenz zwischen guten und schlechten Schuldnern, z.B. zwischen Deutschland und Portugal) schießt dann in die Höhe. Auch wenn das allgemeine Zinsniveau wie heute tief ist, müssen Länder wie Spanien und Italien plötzlich sehr hohe Zinsen zahlen. Die Staatsfinanzen angeschlagener Länder werden durch die jetzt höheren Zinskosten erst recht malträtiert. Einmal in der Schuldenfalle, kommt man nur schwer wieder aus dieser hinaus.

### Kapitalmärkte funktionieren nach dem Prinzip Vertrauen

Kapitalmärkte haben sehr viel mit Vertrauen zu tun. Vertrauen kann man nicht einfordern oder verordnen, man kann es sich nur erwerben, und zwar nicht mit Worten, sondern mit Fakten, z.B. gesunde Finanzkennzahlen. Die angeschlagenen Euro-Länder sind jetzt die



Getriebenen der Finanzmärkte. Manche beklagen, es sei skandalös, dass Finanzmärkte mehr «Macht» hätten als die Politik. Diese Sicht greift zu kurz. Die Staaten haben sich auf dieses Spiel eingelassen und müssen dessen Regeln nun akzeptieren. Wer Geld verleiht, beurteilt die Kreditwürdigkeit des Gläubigers. Er ist frei, sein Geld dem Gläubiger seiner Wahl zu verleihen. Er ist auch frei, die Lage neu zu beurteilen und auslaufende Schulden nicht zu erneuern. Etwas Gutes hat die Schuldenkrise nämlich: Dass ins allgemeine Bewusstsein eingeht, was einige schon seit 20 Jahren wissen: Dass zum Beispiel ein Land wie Griechenland nie und nimmer seine Schulden effektiv zurückzahlen kann.



### Wer wird eigentlich mit den «Rettungsschirmen» gerettet?

Wenn die EU z.B. griechische Schulden mit dem Rettungsschirm refinanziert oder wenn die EZB griechische Anleihen am Markt aufkauft, wandert kein einziger neuer Euro nach Griechenland. Die einzige «Wohltat» für Griechenland besteht darin, dass es nicht Konkurs geht. Gerettet werden die Besitzer der griechischen Staatsobligationen, französische Banken, in geringerem Umfang deutsche Banken und reiche griechische Privatanleger. Da inzwischen schätzungsweise 60 % der griechischen Papiere aber von der EZB aufgekauft wurden, rettet man «sich selbst». Ein Staatsbankrott oder Teil-Schuldenerlass («Hair-Cut») wäre für Griechenland wohl das kleinere Übel. Aus Angst vor dem Ansteckungseffekt auf die andern Schuldenländer erlaubt man dies Griechenland aber

nicht. Dieses Land erwirtschaftet bescheidene 2,5 % des Bruttoinlandsprodukts der EU. Ein Konkurs Griechenlands allein wäre für Europa, seine Wirtschaft und die Finanzmärkte verkraftbar. Man glaubt aber dies nicht zulassen zu können. Man befürchtet den Ansteckungseffekt auf die andern Problemländer, auf ein Hochschiessen deren Zinskosten. Zudem wäre ein Hair-Cut ein Präzedenzfall. Irland und Portugal könnten dasselbe Recht beanspruchen. Die Märkte würden der EU nicht glauben, dass dies ein einmaliger Ausnahmefall wäre.

### Ist ein Ende der Krise absehbar?

Die historische Erfahrung mit Staatsschulden und Finanzkrisen (Zwanzigerjahre und auch im vorletzten Jahrhundert) zeigt, dass der typische Verlauf einer Krise nicht immer nach dem Schema «Ausbruch – Ansteigen – Kumulieren – Abflauen – Ende» verläuft. Vielmehr ziehen sich Krisen oft über viele Jahre hin. Dabei gibt es immer Erholungsphasen, die den Anschein erwecken, es sei vorbei, doch dann geht es an einer andern Ecke weiter. Da alle bisherigen Massnahmen solche des Überdeckens und des Zeitgewinns waren und praktisch kaum etwas am Kreditssystem an sich reformiert wurde, erachte ich die Chance als ziemlich klein, dass sich von alleine das Ganze beruhigt.

### Wie weit ist die Staatsschuldenkrise Folge der Finanzkrise?

Im de facto zahlungsunfähigen Island und in Irland (wo ein ziemlich kleines Land meinte, es müsse und könne alle seine Banken retten) ist die Finanzkrise klar die Ursache der maroden Staatsfinanzen. In allen andern Ländern wurden schon früher (vor allem in den Neunzigerjahren) zu grosse Schuldenberge aufgetürmt. Die Bankenrettungen haben die Lage verschlimmert, aber sind nur eine Teilursache der Krise.

In Griechenland sind die Probleme jahrzehntealt: Korruption, ein aufgeblähter Beamtenapparat (ein Viertel der Arbeitnehmer haben eine staatlichen Job) und weitverbreitete Steuerhinterziehung. Griechenland hat beim Eintritt in den Euro massiv seine Bilanzen gefälscht; doch die EU ist mitschuldig. Wie man heute weiss, wollten die Prüfer der EU «gar nicht genau hinschauen»; Griechenland musste aus politischen Gründen in den Euro hinein.

### Ökonomen reden ganz anders als Politiker

Bei Statements zu Fragen wie «Hat Griechenland eine Chance, aus dem Schlamassel hinauszukommen?», fällt auf: Ökonomen und Finanzanalysten reden völlig anders, pessimistischer (oder realistischer) als Politiker. Von diesen kann man z. B. Sätze hören wie «der Euro hat eigentlich kein Problem», oder «Griechenland ist auf gutem Weg und kann es schaffen». Da nicht anzunehmen ist, dass die Politiker über bessere Informationen und über besseren Wirtschafts- und Finanz-Sachverstand als die Fachleute verfügen, drängt sich der Verdacht auf: Die Politiker reden nicht so, weil sie überzeugt von ihrem Optimismus wären, sondern weil sie Angst haben und hoffen, den weiteren Verlauf der Krise noch etwas in die Zukunft verschieben zu können.

### Ist Jean-Claude Trichet ignorant oder unehrlich?

Interessant ist auch, dass sich der Präsident der Europäischen Zentralbank EZB zu Wort meldet mit Sätzen wie «der Euro ist eine starke Währung» oder «mit Inflation ist nicht zu rechnen». Trichet ist nicht Politiker (denen zum Teil das Verständnis komplexer Währungs-, Finanz- und Wirtschaftsfragen abgeht). Es ist doch anzunehmen, dass Trichet als EZB-Chef von diesen Gebieten viel versteht. Es ist nicht anzunehmen, dass ein Mann auf diesem Posten die Problematiken des Systems nicht erkennen soll. So bleibt der Schluss: Er weiss es natürlich auch besser, aber er lügt bewusst bzw. glaubt, lügen zu müssen, weil sein Wort die Finanzmärkte beeinflusst.

### Hat das Konstrukt Euro zur Krise beigetragen?

Exemplarisch am Beispiel Griechenland zeigt sich folgendes: Die meisten Anleger waren blind für die Schuldenprobleme; sie liehen Griechenland Geld zu einem fast gleich günstigen Satz wie andern Euro-Ländern. Die günstige Kreditaufnahme erfreute Griechen

**In der Schuldenfalle***Fortsetzung von Seite 2*

und andere Südeuropäer zunächst, ermöglichte aber erst die noch grösseren Schuldenberge. Jetzt, wo das Bonitätsrisiko dieser Länder ins allgemeine Bewusstsein drang, müssen sie plötzlich massive Zinsaufschläge zahlen und sind in der Schuldenfalle.

**Kann eine Währung wie der Euro funktionieren?**

Hat die EU eigenes Geld? Nein, hat sie nicht. Die EU will zwar insgeheim ein Staat werden, ist es aber noch nicht. Sie kassiert nicht selbst Steuern ein, sondern lebt von Beiträgen der Mitgliedsländer. Nun tut dieser Nicht-Staat das, was eigentlich nur ein Staat tun kann, nämlich eine Währung herausgeben. Ein solches Konstrukt halten die Geldökonomien für sehr problematisch. Deren Warnungen bei der Einführung des Euro wurden damals ignoriert, weil man den Euro als politisches Projekt wollte. Die Europäische Zentralbank gibt Geld heraus, doch die einzelnen Staaten machen weiterhin ihre Finanzpolitik. Da ist die Gefahr gross, dass ein Lari-Fari-Staat zuviel Schulden macht; er wird dafür ja nicht mehr mit der Abwertung seiner Währung bestraft. Funktionieren kann eine solche Gemeinschaftswährung höchstens mit strikten Verschuldungsgrenzen. Genau dies hat man mit den Maastricht-Kriterien versucht; an sich der richtige Ansatz. Das Problem lag darin, dass sich bald fast niemand mehr (nicht einmal das «reiche» Deutschland) an diese hielt. Und dass für dieses Nichteinhalten kein Staat gebüsst wurde, weil man einen Staat kaum eigentlich «büszen» kann.

Die EU-Konstrukteure hofften, die Einführung einer Gemeinschaftswährung zöge dann automatisch ein Angleichen der Wirtschaftskraft und der Finanz- und Steuerpolitiken der einzelnen Länder nach sich. Diese erhoffte Einigungswirkung blieb aber aus; im Gegenteil verfolgten die Länder verstärkt ihre Eigeninteressen. Der Euro könnte deshalb zum Sprengkörper der EU werden.

**Lesen Sie im zweiten Teil nächsten Monat:**

- Deutschland, Europas Zahlmeister, wie lange noch?
- Weshalb sind die EZB-Aufkäufe von Staatsobligationen ein Tabu-Bruch?
- Die Rolle der Ratingagenturen
- Sind die bösen Spekulanten Schuld?

- Sind Euro-Bonds eine Option?
- Kann man Länder wie Italien oder Spanien retten?
- Stellt die Krise den Kapitalismus in Frage?

- Das Gespenst der Inflation geht um in Europa
- 2 Gründe für Finanzkrisen: sehr hohe oder sehr tiefe Zinsen
- Lösungen gibt es, aber nicht

- einfache
- Auf dem Weg in die Transferunion
- Der Euro als politisches Vehikel zur EU-Eigenstaatlichkeit.

## Christoph Blocher zur «Überfremdung» zitiert

«Überfremdung – dieses Wort brauche ich nie. Ich war gegen die Überfremdungsinitiative von Schwarzenbach in den siebziger Jahren, aber ich war für Grenzen, für kontrollierte Zuwanderung. Damals war auch die Wirtschaft weitsichtig und für Kontrolle und Kontingente, weil es noch mehr Unternehmer gab, die über das Tagesgeschäft hinaussahen.» (Weltwoche Nr. 29, 2011)

**Unser Kommentar dazu: Herr Blocher war nicht nur gegen unsere NA-Initiative 1970. Er be-**

**kämpfte auch alle anderen folgenden Initiativen der NA und SD nach 1970! Die Folge dieser Politik war Dauer- und Masseneinwanderung bis heute. Er war eigentlich immer für mehr Einwanderung und er sagt dies auch in seinen obigen Worten. Christoph Blocher ist für eine sogenannte «kontrollierte Zuwanderung», also im Klartext für immer mehr Leute, die in unser Land drängen dürfen.** Das müssen sich alle merken, welche die momentane millionenschwere Kampagne «gegen

die Masseneinwanderung» von Blocher und der SVP unterstützen wollen. Die SVP-Initiative will Einwanderungskontingente. Also sollen mehr Leute ins Land kommen dürfen. Im Übrigen ist die Initiative dermassen kompliziert und langfädig formuliert, dass sie nur schwer umsetzbar ist! Da loben wir uns die kurz, bündig und weitsichtig formulierte SD-Initiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung, für einen Ausländerabbau, die einfacher umzusetzen ist.

*SD-Redaktion*

## Sozialhilfe bezahlt Schwimmen!

Das Basler Erziehungsdepartement hat Muslimen, welche ihre Mädchen nicht zum Schwimmunterricht lassen, Bussen aufgebürdet. Das überrascht uns hoch erfreut und es ist gut so. Und das Basler Verwaltungsgericht hat, man höre und staune, diese Bussen für verfassungs- und gesetzeskonform erklärt. Hinterher haben wir aber erfahren, dass diese Kinder privaten Schwimmunterricht genommen haben. **Und die andere Hand des Kantons Basel-Stadt, das Sozialamt, hat den privaten**

**Unterricht der Mädchen von sieben und neun Jahren finanziert. So schlampig arbeitet man in der Basler Sozialhilfe. Oder war dies Absicht?** Natürlich haben wir Steuerzahlenden solches Tun zu bezahlen! Das sollten wir nie vergessen. Im Übrigen wurde bereits angekündigt, dass man gegen dieses Gerichtsurteil Berufung einlege. Es sei menschenrechtswidrig, wenn diese Mädchen zwingend in den Schwimmunterricht gehen müssten. Fortsetzung folgt.

*SD-Redaktion*



## Appenzeller beleidigt

Im Kanton Zürich ist Christoph Blocher Ständerats- und Nationalratskandidat der SVP. Er ist einzig der Wirtschaft verpflichtet. Zürich müsse – wohl mit ihm – im Ständerat die grossen wirtschaftlichen Zusammenhänge klar machen. Die kleinen Kantone wie Appenzell verstünden davon nicht viel, so Blocher in diskriminierendem Ton. Im Klartext heisst aber der Begriff «wirtschaftliche Zusammenhänge» schlicht und einfach Wach-

tum, Wachstum und noch einmal Wachstum. Dies ist in unserem Lande aber nur mit noch mehr Ausländern zu bewerkstelligen.

**Herr Blocher widerspricht sich diametral. Man kann nicht Wirtschafts- und Ausländerabbau-Mann gleichzeitig sein. Das ist ein Widerspruch in sich. Und wir vergessen auch nicht, dass sich Herr Blocher zuerst immer gegen Referenden zu den Bilateralen Verträgen mit der EU gewandt hat. Des-**

**halb ist Herr Blocher für uns im Kanton Zürich als Ständerat nicht wählbar – lieber leer einlegen! Dies sei Herrn Blocher ins Stammbuch geschrieben.**

*SD-Redaktion*

**Die Rezession naht: Wir Schweizer Demokraten fordern den absoluten Vorrang der einheimischen Schweizerinnen und Schweizer am Arbeitsplatz!**

50 Jahre NA/SD am 1. August 2011

# Jubiläumsfeier war ein voller Erfolg!

Unter dem Motto:

«*Vaterland, ewig frei,  
sei unser Feldgeschrei,  
Sieg oder Tod!*» (*Rufst du, mein  
Vaterland – 6. Strophe!*)

fanden sich rund 100 Personen zur Feier des Jubiläums und des Nationalfeiertages im Fischereipark in Worben zusammen.

Durch die Feier führte gekonnt ex. Nationalrat Bernhard Hess in seiner Funktion als SD-Geschäftsführer.



Bernhard Hess wurde für 20 Jahre Parteiarbeit geehrt.

Der SD-Vizepräsident **Dr. Michel Dupont, Pully**, erinnerte in einem packenden Appell in französischer Sprache daran, wie viel Wertvolles durch den unseligen Wachstumsaberglauben und seinen politisch-wirtschaftlichen Folgen in unserem Lande schon verloren gegangen ist. Sein Appell zur engagierten politischen Arbeit stiess denn auch auf offene Ohren.

Im Zentrum der vormittäglichen Feier stand die Ansprache unseres Ehrenpräsidenten ex. Nationalrat V.J. Oehen. Aus seinen Ausführungen seien die folgenden zentralen Aussagen festgehalten:

- Wer ein echtes politisches Anliegen verspürt, muss sich in einer entsprechenden politischen Partei engagieren. Nur so kann er seiner Sicht zu Gewicht und Geltung verhelfen.
- Die «Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» war eine Volksbewegung mit klarem, aber begrenztem Aufgaben- und Wirkungsbereich. Über die Namensänderungen im Laufe der Jahrzehnte von «Nationaler Aktion» bis zu «Schweizer Demokraten» dokumentierte sie auch die Entwicklung der entsprechenden Programmatik.
- Rückblickend ist es unglaublich, wie in den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts die Überfremdungsgefahr vom Gesamtbundesrat (1948), von Nationalrat

Willy Ritschard (Postulat zur Begrenzung der ausländischen Arbeitskräfte) – 1962 und politischer Prominenz wie Rudolf Gnägi, Dr. Chevallaz und P. Dürrenmatt – 1965 in die politische Debatte eingebracht werden konnte, ohne negative Reaktionen auszulösen. – Vom Moment an, als jedoch die Nationale Aktion mit Hilfe von Volksinitiativen das Problem ernsthaft anging, waren die NA und ihre Anhänger Rassenhasser, Xenophobe, Faschisten und Schlimmeres und man wollte sie z.T. mit massivem Druck zum Schweigen bringen.

- Trotzdem, wenn die Kneschauer'sche Schreckensvision von 10 Mio. Einwohnern im Jahre 2000 nicht wahr geworden ist, verdanken wir dies weitgehend dem politischen Wirken der NA und der SD im letzten Jahrhundert.
- Seit Jahrzehnten wird nun der national denkende Politiker kriminalisiert, in die rechte, extremistische Ecke gestellt und oftmals in bösartigster Art und Weise diskriminiert. Aber gerade heute wird offensichtlich, in welcher abenteuerlichen Situationen die Völker durch die internationalistischen Globalisierer geführt wurden und werden.
- Die Schweiz ist eine exemplarische Willensnation und als solche schützenswert; ihre Werte sind typisch für eine echt demokratische Gesinnung und Ordnung.

Mit zwei wichtigen Aussagen und einem programmatischen Appell schloss der Redner seine Ausführungen, sie lauten:

- **Wenn unser Wirtschafts- und Finanzsystem für sein Funktionieren angeblich auf Dauerwachstum angewiesen ist, dann muss das System geändert werden, Naturgesetze sind nicht veränderbar.**
- **Dass die traumatische Möglichkeit der 10 Mio. Einwohner bis heute noch nicht Realität geworden ist, verdankt die Schweiz der NA/SD und ihrer Arbeit in den verflissenen 50 Jahren. Unserer weiteren Anstrengungen bedarf es, damit der Alptraum der zurzeit fast unbegrenzten Bevölkerungszunahme möglichst rasch ein Ende findet.**

Die Masse unseres Volkes hat gewiss nicht die geringste Lust so zu leben, wie z.B. die Mexikaner in



Auffallend viele Junge im Publikum.

Mexiko-City, die Inder in Kalkutta, die Chinesen in Peking, die Ägypter in Kairo oder die Engländer in Gross-London oder die Amerikaner in New York.

**Möge der jetzt am Ruder stehenden Generation die Kraft gegeben werden, den erfolgreichen Kampf weiter zu führen!**



Hauptreferent SD-Zentralpräsident Rudolf Keller und der neue SD-Zentralsekretär Adrian Pulver.

Der Nachmittag stand unter dem Motto «Die Schweiz – unsere Heimat»! Unser Zentralpräsident ex. Nationalrat Rudolf Keller analysierte die heutige Situation leidenschaftlich. Aus seinen Ausführungen seien hier einige Abschnitte zitiert:

- *Für uns Schweizer Demokraten ist der 1. August der höchste weltliche Feiertag unseres Landes. Er ist arbeitsfrei, weil wir Schweizer Demokraten dies in der Bundesverfassung verankert resp. mit einer eidgenössischen Volksinitiative erkämpft haben.*
- *Für uns national denkenden Menschen hat der Staat Vorrang vor der Wirtschaft. Diese hat die Voraussetzungen zu schaffen, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Wir denken dabei an die Gewährleistung der Sicherheit (Armee!), den Schutz der Landwirtschaft und die Sicherung der Sozialwerke.*
- *Mit unserer neuesten Initiative*

*kämpfen wir gegen die heillose Übervölkerung unseres Landes: Dabei ist zuerst an eine Stabilisierung der Bevölkerung und in einem zweiten Schritt an einen moderaten Abbau der Bevölkerung gedacht.*

– *Wir glauben an unseren schweizerischen demokratisch geformten Nationalismus. Es ist kein ethnischer Nationalismus sondern der Nationalismus einer Willensnation. Er fusst auf einer solidarischen Gemeinschaft und ist durch eine soziale Grundhaltung geprägt.*

– *Es ist selbstverständlich, dass wir gegen die weitere Verbetonierung unseres Landes ankämpfen. Wir wollen zu unserer Umwelt Sorge tragen. Darin unterscheiden wir uns fundamental von allen andern bürgerlichen Parteien inkl. der SVP. Dieser wird es niemals gelingen, den Spagat zwischen der kapitalistischen Wachstumswirtschaft und den nationalen Interessen zu machen.*

**Wir Schweizer Demokraten sind vom absoluten Willen getragen, die Schweiz als freie, lebensfähige und politisch unabhängige Willensnation auf unbegrenzte Zeit zu erhalten.**

**Deshalb kämpfen wir als Partei weiter. Lang lebe unsere Heimat!**

Mit dieser aufrüttelnden Rede hatte der neue/alte Zentralpräsident den Nerv der Anwesenden getroffen. Und so sang dann die Versammlung zum Abschluss der Feier mit Inbrunst den Schweizer Psalm.

**Betet, freie Schweizer betet!...** mochte angesichts der Arglister der Zeit in den Herzen aller Teilnehmer nachklingen. VJO



# 1961 bis 2011: Unsere Partei ist 50 Jahre jung SD

**– eine beachtliche politische Leistung!** Schweizer Demokraten

7. Teil: Die Grundsatzklärung von 1971 – geprägt von Valentin Oehen –  
und die erneuerte Grundsatzklärung 2011



Rudolf Keller,  
e. Nationalrat,  
SD-Zentral-  
präsident,  
Frenkendorf

In den Siebziger Jahren prägte Nationalrat Valentin Oehen die Politik der Nationalen Aktion. Als ökologisch denkender Mensch war er seiner Zeit mehr als zwei Jahrzehnte voraus. Man lese nur einmal die Grundsatzklärung von 1971, die seine Handschrift trägt. All die Voraussagen, welche in der Grundsatzklärung gemacht wurden, bestätigen sich bis heute. Eigentlich ist es traurig, dass diese Voraussagen nicht mit einer stärkeren Vertretung im Nationalrat belohnt wurden. Und – noch viel wichtiger, man hätte viel Unheil verhindern können durch schnelleres Handeln der Menschheit! Valentin Oehen war ein weitsichtiger Vordenker.



Extraklasse»: e. Nationalrat  
Valentin J. Oehen.

## Grundsatzklärung der NA – Umwelt und Heimat

Von der Delegiertenversammlung am 27. März 1971 in Olten einstimmig beschlossen.

In umfassender Würdigung der heute vorhandenen wissenschaftlichen Grundlagen bekennt sich die

Nationale Aktion für Volk und Heimat zu folgender Aufgabenstellung:

Die weltweite unkontrollierte **Bevölkerungsexplosion** geht unablässig weiter; gleichzeitig wird die Biosphäre durch die menschliche Zivilisation täglich mehr belastet. **Ökologische Katastrophen mondialen Ausmasses** sind in absehbarer Zeit zu erwarten. Durch die heutige Wirtschafts- und Bevölkerungspolitik wird die Lage für das Schweizervolk zunehmend gefährlicher. Die Nationale Aktion für Volk und Heimat erachtet es als ihre Pflicht und Aufgabe, für eine Änderung der allgemeinen Politik in dem Sinne zu kämpfen, **dass unser Volk in seinem eng begrenzten Lebensraum den zu erwartenden Krisen biologischer Natur vorbeireitet gegenüber treten kann.**

## Die Schweizer Demokraten (SD) erneuern im Jahr 2011 diese Grundsatzklärung:

Von der Delegiertenversammlung am 25. Juni 2011 in Liestal einstimmig beschlossen.

Im Laufe der seither vergangenen 40 Jahre haben sich die Lebensbedingungen für Menschen, Tiere und Umwelt weiter drastisch verschlechtert. **Erste Katastrophen mondialen Ausmasses haben sich unter anderem mit den Atomunfällen in Tschernobyl und Fukushima und mit der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko ereignet. Und bereits sind als Folge der unablässigen Zerstörung und Ausbeutung unseres Planeten erste negative Klima-Veränderungen erkennbar. Deshalb verpflichten sich die Schweizer Demokraten als fortschrittliche politische Kraft, alle Massnahmen zu unterstützen, welche der Zerstörung unserer Lebensgrundlagen entgegen wirken.** Der Ausstieg aus dem Atom- und Verbrennungsmotoren-Zeitalter hin zu einem Einstieg ins ökologische Zeitalter ist überlebensnotwendig. **Die Belastung unserer Umwelt soll auf ein erträgliches Mass zurückgeführt und die Übervölkerung reduziert werden. Dies muss durch die Förderung geeigneter Technologien und durch Verhinderung des weiteren Wachstums von Wirtschaft und Bevölkerung geschehen.** Um dieses Ziel für unseren schweizerischen Lebensraum zu erreichen, ist auch die Einwanderung zu stoppen. Der Verbetonierung und Verstädterung unseres Landes muss Einhalt geboten werden.

## Die Gründung der Jung-Nationalen Aktion war 1973 auch ein grosses Medienereignis

Als Gründer der JNA war ich (Rudolf Keller) mit meinen 17 Jahren zum Teil harten Angriffen ausgesetzt. «Politboxer» wurde ich genannt. Oder liebevoll nach dem damaligen Sängerstar «Polit-Heintje». Eine Zeitung schrieb, dass sich jetzt in Deutschland viele Mädchen nicht mehr INA nennen lassen wollten, weil es jetzt bei uns in der Schweiz eine so «schlimme» Politorganisation gebe.

In unserer Parteizeitung lesen wir zur JNA-Gründung folgendes (Faksimile Abdruck):

## Verbandsnachrichten

### Gründung der «Jung-Nationalen Aktion der Schweiz»

Am Samstag, den 3. November 1973 fand in Frenkendorf/BL eine, man möchte fast sagen «historische Versammlung» statt. Auf dem Programm stand nämlich die Gründung der «Jung-Nationalen Aktion der Schweiz» (JNA), der Jugendorganisation der Nationalen Aktion für Volk und Heimat. Das Tagespräsidium hatte der eigentliche Initiator, «Polit-Heintje» Ruedi Keller aus Frenkendorf inne. Nach einer kurzen Begrüssung durfte er das Wort Herrn NR und ZP Valentin Oehen aus Liebfeld übergeben, der den Versammelten Jungen und «NA-Taufgästen» ein (wie immer) gut fundiertes, interessantes und lehrreiches Referat hielt. Im Anschluss daran ergriff JNA-Politiker Franz Bohnenblust aus Aarburg als Vertreter der Jungen das Wort, um unter anderem das «Problem des Schweizer Seins» und der Ueberfremdung aus seiner Sicht beleuchtete. Nach dieser Rede wurde der formelle Gründungsbeschluss gefasst und man konnte zur Beratung der bereits provisorisch ausgearbeiteten JNA-Statuten übergehen, die von den Versammelten mit nur geringfügigen Aenderungen einstimmig genehmigt wurden. Danach kam das bei vielen Versammlungen ominöse Traktandum «Wahlen» an die Reihe. Bei der JNA scheinen diese «ominösen Führungskräfte» aber vorhanden zu sein, denn es konnte an diesem Nachmittag ein vollständig besetzter Zentralvorstand gewählt werden. Zum 1. JNA-Zentralpräsidenten erkoren die Anwesenden einstimmig den vorgeschlagenen kaufmännischen Angestellten Peter Vogt aus Muttenz BL. Er ist 21 Jahre alt und schon lange Jahre Sympathisant und aktiver Mitarbeiter der NA. Das Amt des 1. JNA-Zentralvizepräsidenten übernahm Franz Bohnenblust aus Aarburg AG. 2. JNA-Zentralvizepräsident und Protokollführer wurde Ruedi Keller aus Frenkendorf BL. Schlussendlich hatte Beat Lüdi aus Lützelflüh BE das Vergnügen das Amt des Kassiers zu übernehmen. Zu JNA-Zentralvorstandsmitgliedern wurden ebenso einstimmig gewählt: Peter Brunner (Basel BS), Kurt Koller (Wittenbach SG), Andreas Reist (Ramsel BE), Therese Baumgartner (Lützelflüh BE), Peter Plüss (Basel BS), Werner Birrer (Grosswangen LU), Adrian Stieger (Horgen ZH), Markus Ingold (Oetwil a.d. L. ZH und Schiers GR) sowie Beat Weber (Oberdorf BL). Nach gut 3-stündiger Arbeit konnte Ruedi Keller die Versammlung schliessen, indem er erfreulicherweise bereits eine erste Spende von 500 Franken (einer Basler Stauffacherin) entgegennehmen und verdanken durfte. Nicht zuletzt sprach er den 5 «NA-Geburtshefem», den Nationalräten Oehen und Jaeger, sowie den beiden Baslern Grossräten Lung und Lauper und dem Baselbieter Landrat Landolt nochmals seinen herzlichsten Dank für die grosse Unterstützung in den schweren «Vorgündungszeiten» aus. Ohne die Unterstützung dieser fünf Herren wäre das ganze Werk nie zustande gekommen.

Der frischgebackene Zentralvorstand hatte gleich im Anschluss an die offizielle Gründungsversammlung seine 1. Sitzung, in deren Verlaufe die Geschäftsleitung bestimmt und dann beauftragt wurde, ein Geschäftsleitungsreglement auszuarbeiten, das auf den 1. 1. 1974 in Kraft treten wird. Das Datum der Gründung der JNA-Sektion Basel wurde auf den 8. Dezember 1973 festgelegt. Zum Chefredaktor des JNA-Organs, das eine Ergänzung zu «Volk und Heimat» bildet, wurde der auf dem journalistischen Bereich schon viel Erfahrung und Kenntnis aufweisende Ruedi Keller aus Frenkendorf bestimmt. Und so ging auch für die Zentralvorstandsmitglieder dieser «historische und unvergessliche 3. November» um 20 Uhr offiziell zu Ende. Anschriften der Jung-Nationalen Aktion der Schweiz:  
Zentralstelle: Ruedi Keller, Adlergasse 8, 4402 Frenkendorf JNA, Postfach 249, 9000 St. Gallen SG  
JNA, Postfach 48, 7220 Schiers GR  
JNA, Postfach 303, 4009 Basel BS  
JNA-Zentralpräsident: Peter Vogt jun. Joh. Brüderlinstrasse 14, 4132 Muttenz BL  
1. Zentralvizepräsident: Franz Bohnenblust jun., Alpenweg 7, 4663 Aarburg AG  
Zentralkassier: Beat Lüdi, Feldheimweg 17, 3432 Lützelflüh BE  
Postcheckkonto: 40-11 356 Jung-Nationale Aktion der Schweiz, Frenkendorf  
Statuten können für Franken 1.— pro Exemplar bei der Zentralstelle angefordert werden.  
Ein dringender Appell geht an die «Volk und Heimat»-Leser: Helfen auch Sie am Aufbau der JNA mit! Versuchen auch Sie in sachlich geführten Gesprächen, junge Menschen von unseren Ideen zu überzeugen. Vermitteln Sie uns weitere Adressen .... Herzlichen Dank für Ihre Bemühungen.  
GL der JNA

# Auch Heuchler müssen sterben!

Da hat also der Bundesrat unter dem Druck der tragischen Fakten von Tschernobyl und Fukushima einen tapferen Beschluss gefasst und den Ausstieg aus der gegenwärtigen Kerntechnik in Aussicht gestellt. Ein längst überfälliger Beschluss übrigens angesichts der enormen Gefahren, die diese Technik beinhaltet und der ungelösten (unlösbarer!) Abfall-Beseitigungsproblemen, sowohl der abgebrannten Brennstäbe wie einst auch der verseuchten, ausgedienten Anlagen.

Soeben hat die japanische Regierung bekannt gegeben, dass sie mit 10 Jahren rechnet, bis die von der Kernschmelze betroffenen Reaktoren in Fukushima geräumt sein werden. Und mit Jahrzehnten rechnet sie für die Abräum- und Dekontaminierungsarbeiten im gesamten Trümmerfeld.

Begreiflich, dass auch bei uns keine Versicherungsgesellschaft wilens und in der Lage ist, für die Schadenabdeckung bei einem GAU oder Super-GAU die Haftung zu übernehmen.

Und nun kommen die grossen Stromkonzerne Axpo, Alpig und BKW und machen gegenüber dem Bundesrat Druck; der «**heutige, in-**



**tegrale Versorgungsauftrag und die Verantwortung bei Stromausfällen»** sei nicht aufrecht zu erhalten. Klar ist, dass im Sinne eines Paradigma-Wechsels von der Forderung, dass die Strombranche «**jederzeit die gewünschte Menge an Elektrizität mit der erforderlichen Qualität und zu angemessenen Tarifen**» müsse liefern können, abzurücken ist. Nun ist die Forderung gesetzlich zu verankern, «**dass sich die Wirtschaft mit der Menge Elektrizität (Energie!) zufrieden geben muss, die ohne Schaden und Gefährdung von**

**Mensch und Umwelt zur Verfügung gestellt werden kann.»**

**Das wäre allerdings – und zu Recht – das Ende des Wachstumswahnsinn!**

Richtig ist, dass die Stromkonzerne ihre Machtposition mit ihren zentralen Riesenproduktionen – den Atomkraftwerken – wenigstens zum Teil verlieren werden. Und das macht den Herrschaften offensichtlich Bauchschmerzen. Es ist halt nicht so einfach, den ganzen Markt unter Kontrolle zu halten,

wenn zahlreiche kleine Stromproduzenten mitmischen wollen.

Wie sehr es den Konzernen um die ungeteilte Macht geht, haben schon ihre Vorfahren vor rund 80 Jahren bewiesen.

Als der Kanton Nidwalden mit dem Bannalpwerk die eigene Stromversorgung anstrebte, versuchte die damalige CKW (Zentralschweizerische Kraftwerke) mit allen legalen und halblegalen Mitteln, die Unabhängigkeit dieses Kleinstkantons zu verhindern.

Der damalige Regierungsrat und Landammann W. Christen musste Dutzende von Prozessen durchkämpfen, um das Ziel zu erreichen.

**Und selbstverständlich waren damals wie heute die Motive der Konzernherren von absoluter Lauterkeit, Verantwortungsbewusstsein und Altruismus geprägt!**

Ich wünsche dem Bundesrat und dem Parlament die Kraft und die Einsicht, das russische Roulette der heutigen Atomtechnologie abzubrechen, bevor der «scharfe Schuss» auch bei uns losgeht. Die kleine, dichtbesiedelte Schweiz würde eine solche Katastrophe als unabhängiger Staat wohl nicht überleben!

*Hans Spitz, Köniz*

## Gewalt unter Jugendlichen – Was nun?

**(pd) Heute werden rund vier Mal so viele Jugendliche wegen Gewaltdelikten verurteilt wie noch 1990, stellt der Psychiater Josef Sachs, Therapeut von jugendlichen Gewalttätern, in der «Schweizer Familie» fest.**

Die Ursachen für die Entwicklung sieht Sachs in gesellschaftlichen Umwälzungen und dem Verlust «alter Wertvorstellungen». Weil aus diesem Grund viele Eltern verunsichert seien, verlören labile Jugendliche die Orientierung. Sie wüssten nicht mehr, wo die Grenzen sind. Nicht zu unterschätzen sei aber auch der Einfluss der Medien.

Besonders gefährlich seien die so genannten Ego-Shooter-Spiele, also Computerspiele, in denen es um das reaktionsschnelle Abschiessen des virtuellen Gegners gehe. Solche Spiele würden auch eingesetzt, um Soldaten das Töten zu lernen. Durch das Aufkommen des Internets hätten viele Eltern im Übrigen die Kontrolle darüber verloren, was ihr Nachwuchs konsumiere.



### Jugendliche aus Krisengebieten

Dazu komme, dass seit den 90er-Jahren viele Jugendliche aus dem Ausland vermehrt Probleme verursachen. Grund dafür sei, dass viele von ihnen aus Kriegs- und Krisengebieten kämen. Sie seien daher psychisch instabil und lebten oft in schlechten sozialen Verhältnissen. Zu denken gibt Sachs vor allem die Gewalt, von der man normalerweise nicht spricht. Jugendliche würden in ihrer Klasse gemobbt, weil

sie als Streber gelten und nicht nach den geltenden modischen Massstäben gekleidet seien. Solche psychische Gewalt sei sogar gefährlicher als körperliche Angriffe. Ausserdem erführen die betroffenen Jugendlichen oft keine Hilfe.

### Tipps für Erziehende

Als Reaktion und Prävention gegen die Jugendgewalt empfiehlt Sachs: Jugendliche brauchen nicht nur Freiräume, sondern auch Grenzen.

Wir müssen wieder den Mut haben, diese Grenzen auch zu setzen. Entscheidend ist eine klare Haltung, nicht eine harte Bestrafung. Es muss aber auch eine gesellschaftliche Diskussion darüber stattfinden, welche Werte uns wichtig sind und was wir den Jugendlichen vermitteln wollen.

Die Ausgrenzung ganzer Gruppen von Jugendlichen muss verhindert werden. Es darf keine beschäftigungslosen Jugendlichen und keine Gettoisierung in unseren Städten geben. Dieses Ziel ist natürlich schwer zu erreichen, aber der Einsatz dafür lohnt sich. Die jungen Familien müssen bei der Erziehung der Kinder unterstützt werden. Tagesstrukturen in der Schule und familienfreundliche Siedlungsgestaltung sind ein Beitrag dazu. Die Verherrlichung von Gewalt in den Medien und in der Musik muss geächtet werden. Verbote sind aber nicht das wichtigste Instrument der Medienerziehung. Viel wichtiger ist es, die Jugendlichen schon früh mit guten Filmen und Spielen vertraut zu machen.

## Waadtländer Grosser Rat fordert härtere Strafen

(pd) Erfreut hat der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter (VSPB) die Annahme der Kantonalen Initiative durch den Waadtländer Grossen Rat zur Kenntnis genommen. Diese fordert von den eidgenössischen Räten eine Verschärfung der Strafen bei Gewalt und Drohungen gegen Beamte. «Wir freuen uns sehr, dass das Waadtländer Kantonsparlament dieses Signal nach Bundesbern schickt. Das ist eine grosse Unterstützung für unsere Petition «Stopp Gewalt gegen die Polizei», die ein härteres Durchgreifen fordert», sagt Max Hofmann, Generalsekretär des VSPB.

Gestern hat der Grosse Rat des Kantons Waadt mit grosser Mehrheit eine Initiative angenommen, die von den eidgenössischen Räten härtere Strafen bei Gewalt und Drohungen gegen Beamte fordert. Diese Initiative unterstützt die Petition «Stopp Gewalt gegen die Polizei», die im November 2009 eingereicht wurde. Damit wies der VSPB den Bundesrat und das Parlament auf die massive Zunahme der Gewalt gegen die Polizei hin. Die Petition verlangt vom Bund eine resolute Bekämpfung der Gewalt, da sich diese auch gegen den Staat richtet. Zudem wirke sich die fortlaufende Bagatellisierung die-

ser zulasten des Respekts gegenüber dem Staat aus. Diese Entwicklung schade der inneren Sicherheit der Schweiz.

### Gewalt kein Berufsrisiko

Fast gleichzeitig mit dem klaren Signal nach Bern sind zwei Polizisten in Orbe VD erneut Opfer von Gewalt geworden. Dabei bespritzte ein 25-jähriger Schweizer die im Treppenhaus positionierten Polizisten mit brennendem Öl. Zwei von ihnen wurden verletzt und mussten ins Lausanner Universitätsspital CHUV gebracht werden. Der eine leidet an einer schweren Ver-

brennung an der Schulter und am Oberschenkel, der andere wurde am Arm verletzt. «Es ist schockierend, wie Polizeibeamte von einer Sekunde zur anderen vom Beschützer zum Feind werden», betont Max Hofmann, Generalsekretär des VSPB: «Jeder Angriff gegen einen Polizeibeamten ist einer zuviel! Wir werden auch im laufenden Jahr weitere Anstrengungen unternehmen, um unsere Kolleginnen und Kollegen noch besser zu schützen. Denn Gewalt darf kein Berufsrisiko sein.»

Verband Schweizerischer  
Polizei-Beamter

## Zum Nachdenken

Von A. Huxley soll die Aussage stammen: **«Wir glauben nur, was wir sehen. Seit es das Fernsehen gibt, glauben wir alles!»**

...die Türkei soll der 29. EU-Staat werden; wenigstens, wenn es nach dem Willen der USA und der Brüsseler Administration geht. Damit das klappt, werden bereits heute politische Gruppierungen, die sich – aus welchen Gründen auch immer – gegen die Aufnahme wehren, geheimdienstlich überwacht. Wer wissen will, was das zu bedeuten hat, mag das Buch von Daniele Ganser – «NATO-Geheimarmeen in Europa» lesen. Übrigens – die EU kann an der Türkei finanziell ausbluten, sofern sie nicht ohnehin und schon vorher pleitegehen wird.

...seit April dieses Jahres rechnen die BRICS-Staaten untereinander in ihren eigenen Währungen ab (BRICS-Staaten, das sind Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und verweigern damit der USA die weitere Anerkennung des Dollars als Leitwährung. Mit andern Worten, die Möglichkeiten der USA ihr horrendes tägliches Defizit von über 3,2 Milliarden US Dollar – durch die ganze übrige Welt tragen zu lassen, wird deutlich geschwächt. – **Vielsagend, dass in dieser Situation der US-Verteidigungsminister Robert Gates allen Ernstes die Forderung aufstellt, die Europäer hätten den USA die durch den Währungskrieg entstehenden Verluste zu kompensieren. Ist es wohl Zufall, dass gerade jetzt auch die zweite schweizerische Grossbank, die CS, von den US Steuerbehörden in den Anklagezustand versetzt wird?** – Als seinerzeit Saddam Hussein sich gegen die Dollar-Herr-

schaft auflehnte, wurde er innert Wochen vom gehätschelten Komplizen zum teuflischen Feind. Sein Land kam unter die amerikanische Kriegsmaschine, er selbst verlor sein Leben auf schimpflichste Art und Weise und sein Volk bezahlte die Unbotmässigkeit mit Hunderttausenden von Toten und dem kulturellen und politischen Niedergang.

...der libysche Diktator Ghadhafi lernt die Macht der CIA und MI6 kennen, seit er die Kühnheit beging, das gewaltige Wasserprojekt zur Versorgung der libyschen Städte und der landwirtschaftlichen Nutzflächen in eigener Regie – also ohne die angelsächsischen Weltkonzerne – realisieren zu wollen. – Zudem wollte Ghadhafi den Gold-Dinar für ganz Afrika einführen.

**Das war zu viel! Jetzt wird vernichtet, zerstört, gelogen und Ghadhafi wird wohl enden wie seinerzeit Saddam Hussein.**

...während ich diese Gedanken niederschreibe, streiten sich die US-Parteien um die Erhöhung der Verschuldungsgrenze, da die USA de facto pleite ist. Trotzdem leistet sie sich eine Militärorganisation, die mehr als 3,5 Mio. Menschen umfasst und wirft dafür mehr als 40% aller auf der ganzen Welt bestätigten Militärausgaben auf. – Dazu passt die Meldung, dass im Rahmen der NATO im Mittleren Osten eine Söldner-Armee aufgebaut wird, die im Mittleren Osten und in Afrika eingesetzt werden soll, um die «Geheime Kriegführung» mit Terror, Unterdrückung und Propaganda zu übernehmen. Passiere dann was will, die amerikanische Regierung wird – wie schon in der Vergangenheit mit

Blackwater und den Geheimarmeen in Europa (Stichwort: Gladio!) und im Verbund mit der CIA jegliche Verantwortung für Menschenrechts-Verletzungen ablehnen.

...hat Sie die Geschichte von Dominique Strauss-Kahn im New Yorker Hotel, resp. im Untersuchungsgefängnis geärgert, amüsiert oder empört? Nun, Herr Strauss-Kahn ist sicher kein Vorbild der Moral, aber wie er von einer abgefemten Lügnerin mit Hilfe einer übereifrigen Justiz hereingelegt wurde, verdient unsere Aufmerksamkeit! – Wird doch auch unser Land von afrikanischen «Flüchtlingen» immer häufiger als Zielort gewählt. Was allerdings nicht verwunderlich ist angesichts der Tatsachen, dass mit Hilfe geschickter Advokaten viele Schein-Flüchtlinge schliesslich doch hierbleiben können oder dass sie zumindest bei «freiwilliger» Rückkehr mit saftigen Rückkehrhilfen rechnen können. Und wir Dubel zahlen das unter dem Druck unserer Gutmenschen alles und sind noch stolz darauf. Doch zurück zu D. Strauss-Kahn und dem afrikanischen Zimmermädchen Nafisattou D aus dem guinesischen Stamme der «Fulbe» des Sofitel Hotels. Hier eine Zusammenfassung ihrer Lügengeschichten:

– am 30. Dezember 2004 bekam sie die Einreiseerlaubnis, da sie das Opfer von Gruppenvergewaltigungen afrikanischer Soldaten geworden sei; *tatsächlich wirkte sie als Gelegenheits-Prostituierte vor einem Militärlager in Conakry.* – ihr Ehemann sei ermordet worden, weil er die guinesische Regierung kritisiert habe; *tatsächlich verstarb er an AIDS.*

– sie und ihre 15-jährige Tochter können sich in Guinea vor dem Zwang der Beschneidung nicht schützen; *tatsächlich war sie längst beschnitten und hatte ihre Tochter als kleines Mädchen beschneiden lassen.*

– sie betrog die Steuerbehörden, indem sie als ihr einziges Einkommen das Entgelt für ihre Arbeit als Zimmermädchen angab; *tatsächlich war sie nebenbei als Prostituierte für reiche Hotelgäste tätig; zudem deklarierte sie ein zweites Kind, für das sie verantwortlich sei – das es aber nicht gibt.*

– sie betrog das Sozialamt, indem sie erklärte, sie sei mit AIDS infiziert und erhielt dadurch eine für Infizierte reservierte Sozialwohnung; *tatsächlich ist sie aber nicht infiziert.*

In mehreren Bundesstaaten unterhielt sie Dollarkonten mit beachtlichen Beträgen, die offenbar mit Erpressungsgeldern ihrer Kunden gespiesen wurden. Auch Strauss-Kahn tappte in diese Falle, was sie in ihrem Dialekt einem ihr bekannten Drogenhändler am Telefon verriet. Dieses Telefon war von den Ermittlungsbehörden abgehört worden und bewirkte nach der Übersetzung ins Englische die sofortige Freilassung des Verdächtigten aus dem Gefängnis.

Selbstverständlich hatte sie es nur auf das Geld abgesehen; von den Kollateralschäden, die sie anrichtete, ahnte sie nichts.

**Hütet euch am Morgarten! – kann man da den schweizerischen Gutmenschen nur ins Stammbuch schreiben!**

**Zum Nachdenken**

*Fortsetzung von Seite 7*  
...ein unglaubliches Exempel von Voreingenommenheit liefert neu-lich (fast) die gesamte Schweizer Presse, als sie berichtete und mit einem Bild unterlegte, wonach bei der Zwangsausstaffung nigerianischer Scheinasylanten einer dieser Männer von einem Polizisten mit einem Knüppel geschlagen worden sei;

*verschwiegen wurde, dass dieser arme, arme «Flüchtling» vorher randaliert hat und dabei versuchte, den fraglichen Polizisten an den Genitalien zu packen. Zur Belohnung konnte der Brutalo «vorläufig» in der Schweiz bleiben.*

**Da kann man nur noch stöhnen: Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens.**

*Tino Giacomo*

## Siehst Du den Euro im Schuldensumpf ertrinken...

Politiker und Manager überbieten sich im Gejammer um die Krise, die uns angeblich droht, weil wir Schweizer eine starke Währung haben, der alle Welt grosses Vertrauen schenkt. Da wird gar allen Ernstes verlangt, dass unsere Nationalbank ein Kursziel von z.B. Fr. 1.30 pro Euro ohne Rücksicht auf Verluste «verteidigen» soll. Zu diesem Zweck soll sie unbegrenzt Franken drucken und damit Unmengen der Schwachwährungen Euro und Dollar kaufen! Ein «Probepöppchen» dieser Politik wurde uns vor Jahresfrist bereits verabreicht.

Die Nationalbank kaufte Euro im damaligen Wert von ca. 100 Milliarden Franken, um die EU-Währung zu stützen und die eigene zu schwächen. Weil auch diese für schweizerische Verhältnisse irrwitzige Summe gemessen am Gesamtvolumen der weltweiten Finanzmärkte winzig war, sank der Eurokurs weiter, als wäre nichts geschehen. Unsere Nationalbank fuhr gigantische Verluste ein und ist heute faktisch pleite. Sie hat kein Eigenkapital mehr. Als einziges Instrument, um handlungsfähig zu bleiben, ist ihr die Notenpresse geblieben. Und von dieser macht sie neuerdings auch tüppig Gebrauch. Innert einer Woche hat die Nationalbank die Notenbank-Geldmenge verdreifacht! Was das aber bedeutet, ist offensichtlich. Schon bald werden wir in der einst stabilen Schweiz eine

**verheerende Inflation**

erleben. Die Guthaben der Kleinsparer und vor allem auch unsere Pensionskassengelder werden schmelzen wie Schnee an der Sonne. Damit die Exportwirtschaft und die Tourismus-Unternehmer wieder satte Gewinne einfahren können, wird das gesamte werktätige Volk geplündert! Nur nebenbei: SVP-Guru Blocher war bis vor wenigen Wochen noch dagegen, den Euro zu stützen, und liess deswegen eine scharfe Kampagne gegen Notenbankchef Hildebrand führen. Nun predigt er plötzlich zusammen mit den anderen Wirtschaftsbonzen das Gegenteil. Er hat vermutlich gemerkt, dass mit der Notenpresse eine gigantische Umverteilung von den Kleinsparern zu den superreichen Managern und «Investoren» bewirkt werden kann. Nur letztere haben die Möglichkeit, ihr Kapital rechtzeitig in grossem Umfang in stabilen, vor der Geldentwertung geschützten Sachwerten anzulegen.

**Mit Ausländern aufgeblähte Branchen durchfüttern?**

Wenn ich als Feriengast im Engadin ein Restaurant aufsuche, ist die Serviertochter fast nie eine Engadinerin. Auch im Hotel sind die Angestellten fast ausnahmslos Ausländer. Nur der Chef selber ist – vielleicht – noch ein Einheimischer. In den Produktionsstätten der Exportindustrie

sieht es nicht anders aus. Die Branchen, die unter Inkaufnahme einer inflationären Verelendung breiter Volksschichten gerettet werden sollen, sind in den letzten Jahrzehnten mittels Masseneinwanderung künstlich aufgebläht worden. Die Bosse sahten fette Gewinne ab. Die Allgemeinheit «durfte» die Integrationskosten tragen, und unsere Kinder «dürfen» seither in den multikulturell gewordenen Schulen ein stetig absinkendes Lernniveau geniessen. Ist es wirklich sinnvoll, die Exportindustrie und die Hotellerie in ihrer heutigen, überblähten Form auf Kosten des gesamten Volkes durchzufüttern? Es wäre von Anfang an gescheiter gewesen, nicht die Menschen zu den Arbeitsplätzen wandern zu lassen, sondern die Arbeit zu den Menschen zu bringen. Die aktuelle Situation wäre eine Chance, die ohnehin nur mit Ausländern besetzbaren Arbeitsplätze ins Ausland zu verlegen. Man müsste bloss durchsetzen, dass bei den verbleibenden Arbeitsplätzen die Schweizer den Vorrang geniessen, und die überzählig werdenden Fremdarbeiter konsequent heimführen.

**Importgewinne mit Dringlichkeitsrecht abschöpfen**

Die verheerende Inflationspolitik der Nationalbank reicht dem kopflos agierenden Bundesrat noch nicht. Er will zusätzlich 2 Milliarden Franken aus allgemeinen Steuermitteln zur Stützung von Gastronomie und Exportwirtschaft einsetzen. Wenn diese Branchen schon unbedingt durchgepöppelt werden müssen, sollte dies wenigstens auf eine etwas intelligentere Weise geschehen. Die Importeure erzielen wegen des starken Frankens enorme Gewinne und geben davon fast nichts an die Konsumenten weiter. Mit einem Dringlichkeitserlass des Bundes sollten diese Währungsgewinne eingezogen und direkt zur Entlastung der exportorientierten Branchen verwendet werden. Damit wäre deren Problem weitgehend gelöst, und das



ohne Steuergeldverschleuderung und ganz ohne Inflationsrisiko!

**Stolz sein auf den starken Franken!**

Der anhaltend hohe Kurs des Schweizerfrankens ist nicht das Resultat irgendwelcher Spekulationen, sondern Ausdruck und Folge der Stärke und Solidität unseres Landes. Seien wir doch stolz, dass wir keine übermässigen Staatsschulden haben und dass bei uns weder die Schattenwirtschaft noch der mediterrane Schlendrian überhand nehmen. Statt den Euro zu stützen, sollte die Nationalbank ihre Überbestände in dieser Währung möglichst rasch abstossen und so mithelfen, dass der Eurospuk möglichst bald sein Ende findet. Der Euro kann ohnehin nicht überleben. Er ist ebenso wie die EU selbst eine kolossale Fehlkonstruktion, die scheitern muss, weil sie in ihrem Vereinheitlichungswahn mit der Vielfalt von Kulturen und Mentalitäten auf diesem Kontinent nicht vereinbar ist. Wenn das Ganze dann auseinanderfällt, entfallen ganz automatisch auch die Währungsnachteile unserer Exportbranchen, weil dann unser wichtigster Handelspartner – Deutschland – als starke Wirtschaftsation auch wieder eine harte D-Mark haben wird. Hören wir also auf mit der sinnlosen Frankenpanik und freuen wir uns, dass die Zeit der Brüsseler Eurokraten, der Kohls, Mitterrands, Merkels und Sarkozys schon bald zu Ende geht! Rufen wir der Nationalbank zu: «Siehst du den Euro im Schuldensumpf ertrinken, wink ihm zu – und lass ihn sinken!»

*lic.iur. Christoph Spiess,  
Gemeinderat SD, Zürich*

## Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



**Bezirk Baden und Umgebung:** Stamm im Hotel «Winkelried», Landstr. 36, Wettingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr.

**Fricktal:** Stamm im Rest. «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.



**SD Stadt Bern:** Höck (Vorstandssitzung, Gäste sind stets eingeladen!) im Restaurant «Jäger», Murtenstr. 221, Bern-Bethlehem. Postauto

Nr. 101, Haltestelle Untermattweg (von dort ca. 1 Min. zu Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-Westside, Haltestelle Säge (von dort ca. 5 Min. zu Fuss). Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

**Berner Oberland:** Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



**Winterthur und Umgebung:** Höck im Restaurant «Blume», Wülflingerstrasse 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr

(bei einem Feiertag eine Woche später).



**Luzern-Innerschweiz:** Höck im Rest. «Tribtschen», im kleinen Saal, Kellerstrasse 25a, Luzern. Jeweils am letzten Montag im Monat ab 20 Uhr. Es ist immer jemand da!



**Kantonalsektion St. Gallen:** Stamm am 29. September ab 19.30 Uhr im Restaurant «Dufour» am östlichen Ende des

St. Galler Hauptbahnhofs (Kein Stamm im Juli). Weitere Infos über Telefon 079 639 06 07, abends.

**jsd-nordwestschweiz.ch:** Immer am 1. Montag des Monats Stamm ab 20 Uhr. Jetzt neu in der «Sportbar» an der Rheinstrasse 4 in Liestal. Wir sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an:  
**info@sd-marktplatz.ch**



**Kanton Zürich****national****umweltbewusst****sozial****Liste 25**

Wirtschaftsfilz durchbrechen, eine neue Kraft wählen ...

- ▶ **Übervölkerung stoppen, Personenfreizügigkeit endlich kündigen!**
- ▶ **mehr Schutz für Natur und Landschaft, Verbetonierung stoppen**
- ▶ **Vorrang für Schweizer bei Wohnungen, Arbeitsstellen und Studienplätzen**
- ▶ **Starker Sozialstaat für Schweizer statt Geldverschleuderung ins Ausland**
- ▶ **Günstige Wohnungen erhalten und der Spekulation entziehen**
- ▶ **Existenzsichernde Löhne für alle statt Milliardenprofite für wenige**
- ▶ **Vorrang unserer Gesetze vor fremdbestimmtem "Völkerrecht", kriminelle Ausländer sofort wegweisen!**
- ▶ **der Islamisierung und Afrikanisierung ein Ende setzen**

... die Initiative gegen **Übervölkerung** unterschreiben!

Es wird eng in der Schweiz. Allein in den letzten 10 Jahren hat die Bevölkerung wegen der Masseneinwanderung um 500'000 Personen zugenommen. Jeden Tag wird fruchtbares Land in der Grösse von ca. 15 Fussballfeldern überbaut und damit unwiederbringlich zerstört. Trotzdem herrscht immer Wohnungsknappheit, und trotz allen Sparmassnahmen wächst der Energieverbrauch ständig. Hinzu kommen überfüllte Züge, verstopfte Strassen... Es ist höchste Zeit, diese verhängnisvolle Entwicklung aufzuhalten, mit der neuen Volksinitiative «Stabilisierung der Gesamtbevölkerung».

Holen Sie sich jetzt den Unterschriftenbogen auf [www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)!**Nicht jammern –  
anders wählen!****Liste 25**

Votum von Christoph Spiess (SD) vom 24. August 2011:

# JA zu den Initiativen zur Stärkung des gemeinnützigen Wohnungswesens, aber...

*(Sinngemässe Zusammenfassung eines weitgehend frei vorgetragenen Votums)**Herr Präsident**Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Im Vordergrund steht die Volksinitiative «Wohnen für alle». Wird sie richtig verstanden und umgesetzt, macht sie die beiden anderen Initiativen eigentlich überflüssig. Die Erfüllung sowohl des Initiativbegehrens als auch des Gegenvorschlags wird allerdings schwierig. Die Initiative «Wohnen für alle» ist im Prinzip ein Notnagel. Das eigentliche Problem liegt ja darin, dass der Boden ein Gut ist, das weder produziert werden kann noch

vermehrbar ist. Trotzdem gilt er als eine Handelsware, die von einzelnen Menschen als Eigentum beansprucht und weitgehend frei zur Erzielung von privatem Gewinn benützt werden kann. Wenn Herr Bourgeois vorhin die Bodenpolitik der USA gelobt hat, verkennt er, dass die Amerikaner etwas haben, das uns ganz und gar fehlt, nämlich sehr viel Platz! Hinzu kommt eine rasant fortschreitende Übervölkerung, welche zur Verknappung des Lebensraums führt und die Bodenspekulation erst recht interessant macht. Die grosse Mehrheit der Zürcherinnen und Zürcher – die normalverdienende Mieterschaft – leidet wegen der Zentrumsfunktion unserer Stadt ganz

besonders unter der Kombination von Kommerzialisierung des Bodens und Übervölkerung. Leider haben wir nicht die Kompetenz, das Bodenrecht zu ändern, und auf Bundesebene ist die an sich dringende nötige Bodenreform auf absehbare Zeit politisch nicht durchsetzbar. Die ebenso dringlichen Massnahmen gegen die Übervölkerung bleiben ebenfalls aus. Dagegen verbünden sich leider die sozialen und ökologischen Kräfte, die logischerweise doch dafür eintreten müssten, mit der reichen Oberschicht, die als Einzige von der dauernden Aufblähung von Bevölkerung und Wirtschaft profitiert. Die Freisinnigen sagen es natürlich in einer Ratsdebatte wie heute

nicht offen, aber im Wirtschaftsteil der «NZZ» kann man nachlesen, wie sie denken: Für sie sind steigende Mieten ein Fortschritt, der zu begrüßen ist... Gegen die so produzierte Wohnungsmisere können wir auf lokaler Ebene tatsächlich nichts anderes tun als möglichst viel Wohnraum in den Non-Profit-Sektor überzuführen.

Wir Schweizer Demokraten unterstützen diesen Weg aus Überzeugung, aber eben im Sinn einer Behelfslösung in Ermangelung eines besseren Bodenrechts. Die Erhöhung des Anteils gemeinnützig

Fortsetzung Seite 10

**Regst Du Dich über die vielen Ausländer im Land auf? – Dann musst Du etwas dagegen tun!  
SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau.  
Jetzt Unterschriften sammeln!**

**Ja zu den Initiativen zur Stärkung...**

Fortsetzung von Seite 9

vermieteter Wohnungen muss aber über den Erwerb bestehender Wohnungen geschehen, und das Ziel muss dabei sein, dass die bisherigen Mieter bleiben können. Wir sind strikte gegen eine Ausweitung des Gesamtangebotes an Wohnungen, denn das führt nur zu noch mehr Überbevölkerung und



Dichtestress. Jeder von uns braucht nur eine Wohnung. Es ist deshalb unsinnig, zusätzliche Wohnungen für immer noch mehr Zuzüger hinklotzen. Erst recht abzulehnen sind Neubauten auf Grünflächen und landwirtschaftlich nutzbarem Boden, denn auf diesen Boden werden wir in nicht allzu ferner Zukunft dringend angewiesen sein, um die viel zu gross gewordene Bevölkerung wenigstens einigermaßen ernähren zu können. Auch Ersatzneubauten sollen solange als möglich aufgeschoben werden, weil Neubauwohnungen für Normalverdiener erst nach etlichen Jahren wieder be-

zahlbar werden. Meistens werden ja auch hässliche Betonklötze gebaut, um Platz für immer noch mehr Zuwanderer zu schaffen. Schauen Sie sich die neue Siedlung im Triemli an: Wo gemütliche Genossenschaftshäuser standen, steht nun ein Ungetüm, von dem man nicht recht weiss, ob es eine Kaserne sein soll oder eine Dependence der Strafanstalt Regensdorf. Wir vermissen die genannten Grundsätze für das gemeinnützige Wohnungswesen in der Initiative und beim Gegenvorschlag. Die Urheber der beiden Texte waren aber wenigstens so klug, auch nichts Gegenteiliges hineinzuschreiben. Das ermöglicht uns heute, der Initiative und dem Gegenvorschlag zuzustimmen.

Mit Kleckern wird es allerdings nicht gehen, nur mit Klotzen, und das kostet viel, sehr viel Geld. Dabei ist besonders unschön, dass das Volk den Planungs- und Überbevölkerungsgewinnern sein eigenes Land abkaufen muss.

Wir sehen andererseits auch die Gefahr, dass ein allzu aggressives Vorgehen von Stadt und Genossenschaften beim Erwerb von Wohnraum die Preise auf dem leider halt immer noch bestehenden unregulierten Immobilienmarkt noch höher treiben könnte. Diese Gefahr bleibt bestehen, solange die Protagonisten solcher Initiativen nicht bereit sind, einen Einwanderungsstopp zu unterstützen, damit die Nachfrage nach Wohnungen nicht immer weiter wächst.

Wir ziehen deshalb den Gegenvorschlag vor, der zeitlich etwas flexibler ist und erst noch die Anliegen der zwei EVP-Initiativen integriert.

**Kanton Bern****Schleicherei mit Tempo 30 in der ganzen Stadt Bern:****Ist der Stadtrat noch bei Sinnen?**

Der Stadtrat nahm heute die Motion von SP-Stadträtin Leyla Gül für die flächendeckende Einführung von Tempo 30 in Bern an. Frau Gül und ihre linken Verkehrs-ideologen wollen also selbst auf den Hauptstrassen den Verkehrsteilnehmern eine Schleicherei mit Tempo 30 aufzwingen und treiben damit die Bürgerbevormundung auf die Spitze. Der Autofahrer wird zum Mobbing-Opfer der Verkehrsverhinderer.

Einst wurden die Strassen gebaut, um einigermaßen zügig von A nach B zu kommen. Heute sollen sie als Wohlfühllosen dienen.

Links-Grün möchte seit 30 Jahren am liebsten die Autos ganz aus der Stadt vertreiben, dennoch bleiben die Autos hier und stauen sich halt. Behauptet wird, der Verkehr «fliesse» mit Tempo 30 besser; wer spricht bei einer Schleicherei mit 30 noch von «fliessen»?

Weiter sei die Umweltbelastung tiefer; stimmt auch nicht. Und die Verkehrssicherheit ist in der Stadt ohnehin schon sehr hoch.

Die Verkehrs-Idiotie Marke «Bern» hat einen neuen Tiefpunkt erreicht.

*Robert Meyer, Stadtrat,  
Präsident SD Stadt Bern, Bern*

**Zurück zu einer stolzen Schweiz**

**Mit dem Wahlslogan «Zurück zu einer stolzen Schweiz» treten die Schweizer Demokraten (SD) im Kanton Bern mit einer regional ausgewogenen 13er-Liste an und streben mindestens einen Nationalratsitz an.**

Folgende Personen kandidieren:

- 1. Robert Meyer**  
1960, Bern  
Stadtrat, Mitglied der  
Aufsichtskommission  
Präsident SD Stadt Bern  
Buchhalter/Treuhänder
- 2. Andreas Beyeler**  
1970, Worben  
Präsident SD Kanton Bern  
Gastwirt
- 3. Walter Brunner**  
1974, Unterseen  
Präsident SD Thun/Oberland  
Hauswart/Gärtner

- 4. Adrian Pulver**  
1983, Bern  
SD-Zentralsekretär/Redaktor  
1. Vizepräs. SD Stadt Bern  
dipl. Kaufmann HWD

- 5. Ruth Krähenbühl**  
1947, Heiligenschwendi  
Gesundheitsberaterin

- 6. Arpad Gurtner**  
1972, Neueneegg  
Kassier SD Kanton Bern  
Sachbearbeiter/Gipser

- 7. Ronald Lerch**  
1950, Moutier  
Notar, ehem. Stadt- und  
Gemeinderat von Moutier

- 8. Jakob Jäggi**  
1953, Kandersteg  
Gemeindeangestellter  
ehem. Kirchgem.präsident

- 9. Hans-Jürg Wenger**  
1964, Liebfeld  
Verkäufer/Fitnessinstructor

- 10. Daniel Kirchofer**  
1980, Ostermundigen  
Metallbearbeiter

- 11. Yves Berger**  
1985, Bern  
Autovermieter

- 12. Jonas Schneeberger**  
1982, Niederried b. Interlaken  
Kabinenführer

- 13. Rudolf Kohli**  
1949, Bern  
Chauffeur/Disponent  
Mitglied Quartierkommission  
Bümpeliz-Bethlehem

*Andreas Beyeler,  
Kantonalpräsident, Worben*

**Kanton Baselland****Nationalratskandidaten der Schweizer Demokraten Baselland**

Die Schweizer Demokraten des Kantons Baselland kandidieren mit einer Siebnerliste für den Nationalrat. Angeführt wird die Liste 9 vom Kantonalpräsidenten Josua M. Studer, Einwohnerrat, Allschwil. Anlässlich einer Versammlung in Liestal wurden folgende Kandidierende nominiert:

1. Josua M. Studer, 1963, Angestellter im öffentlichen Dienst, Einwohnerrat, Präsident SD-BL, Allschwil
2. Ruedi Keller, 1956, eidg. dipl. Kaufmann, Zentralpräsident

- SD-Schweiz, Frenkendorf
3. John Stämpfli, 1963, Kaufmann, Münchenstein
4. Urs Hammel, 1954, pensionierter Visiteur SBB, Reinach
5. Susanne Studer, 1961, Angestellte im öffentlichen Dienst, Einwohnerrätin, Allschwil
6. Christian Stich, 1968, Angestellter im öffentlichen Dienst, Zwingen
7. Geremia Simonella, 1987, Sicherheitsbeauftragter, Reinach

*Josua M. Studer,  
Kantonalpräsident, Allschwil*

**Usrüefe nützt nüt!**

**Muesch jetz an d'Seck und Unterschrifte sammle. Stabilisierig und denn Usländerabbou!**

**Lueg under [www.schweizerdemokraten.ch](http://www.schweizerdemokraten.ch).**

**(Talon uf dr letschte Zitigssite!)**

# Der Chefökonom der Economiesuisse im Abseits!

Wenn **Rudolf Minsch** die Öffnung des Agrarmarktes als im Gesamtinteresse des Landes liegend bezeichnet, muss man entweder an seiner Ehrlichkeit oder an seinem Wissen um die Gesamtheit des Landes zweifeln.

Wenn man die Vorgänge der letzten Jahre, die sich gegen unser Land gerichtet hatten, Revue passieren lässt und dazu die Ungeheuerlichkeiten der internationalen Politik mit Krieg, Völkerverhetzung, organisierten Wirtschaftszusammenbrüchen und Morden profilierter Einzelpersonen mit einbezieht, so wird einem immer klarer, dass wir trotz aller Schwierigkeiten bis heute eine Insel des Friedens darstellen.

Alle Werte aber sind auch bei uns bedroht durch die schon oft erwähnten Entwicklungen wie Einwanderung aus aller Herren Länder, Konzentration der wirtschaftlichen Macht, Erhöhung der Abhängigkeit von internationalen Organisationen, ungebremstes Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum, Vernichtung der eigenen Ernährungsgrundlagen, Missachtung der tradierten Werte wie Respekt vor dem Mitmenschen, Disziplin und den bekannten Bürgertugenden inkl. der Treue zu einem gegebenen Wort.

**Ein unreflektierter Glaubenssatz bedroht unsere selbstständige Existenz!**

Wenn behauptet wird, die gewerbliche, kleinstrukturierte Landwirtschaft sei der Herausforderung des freien Marktes nicht gewachsen und müsse deshalb gesund(= tot!) geschrumpft werden, steht dahinter der Glaubenssatz, die Globalisierung der Weltwirtschaft sei absolut notwendig und richtig und die landwirtschaftliche Produktion sei bedingungslos der industriellen Produktionsmethodik auszuliefern.

**Was bedeutet die Umsetzung dieses dogmatisierten Glaubenssatzes?**

Vorab ist festzuhalten, dass dieses Dogma von keinem vatikanischen oder anderen Konzil abgesegnet wurde, sondern aus den Teppichetagen der Hochfinanz stammt. James Goldsmith schreibt in seinem Buch «Die Falle»: **«Der freie Welthandel ist zu einer Art geheiligtem Prinzip der modernen Wirtschaftstheorie geworden, zu einem allgemein akzeptierten, moralischen Dogma.»** Das höchste Ziel des freien Welthandels ist die Schaffung eines weltweiten Marktes für Güter, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit. Dass damit 4 Milliarden Menschen – meist billigste Arbeitssklaven – in die Weltwirtschaft eintreten und zu direkten Konkurrenten der Lohnarbeiter der alten Industriestaaten werden, kümmert die Ayatollahs des «freien Marktes» wenig. Wichtig



ist ihnen – den Kapitaleignern – lediglich, dass sie ihre Spielwiese des freien Kapitalverkehrs mit den irrationalen Gewinnansprüchen aus einem Dauerwachstum auf die ganze Welt ausdehnen können.

– Dass dabei die bäuerliche Landwirtschaft in Europa und in vielen Ländern der 2. und der 3. Welt unter die Räder kommt – was soll's. Für das Agrobusiness zahlt es sich aus.

– Dass damit die traditionellen Existenzgrundlagen von Milliarden von Menschen in der Dritten Welt in den Bereichen Landwirtschaft und Handwerk zu Grunde gerichtet werden, kümmert die Prediger des freien Welthandels wenig.

– Dass wegen der erzwungenen Landflucht die Slums der Weltstädte krebsartig wuchern, das Elend unweigerlich in die Kriminalität führt, berührt jene nicht, die sich in ihren «bewachten Festungen» verschanzt haben und sich vorläufig noch sicher fühlen.

Aber – das Elend und die Kriminalität bleiben in einer globalisierten Welt nicht isoliert in den Drittweltstaaten. Das müsste den Verantwortlichen angesichts des Terrors nicht nur in Afghanistan, Tschechien, Pakistan, Palästina und im Sudan, sondern auch in Ägypten, der Türkei, Spanien, England, Russland und sogar den USA langsam klar werden.

**Was passiert mit den europäischen und damit auch den Schweizer Bauern im Falle der Ausdehnung des Freihandels?**

Die EU beschleunigt das Bauerzwei Minuten geht ein Hof und damit eine sinnstiftende Tätigkeit für ein bis drei Menschen verloren. Man rechnet jährlich mit dem Verlust von 350 000 Höfen, resp. 500 000 Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft selbst – nur in den «alten» EU-Ländern. Dazu kommen noch die zugehörigen Gewerbebetriebe wie Molkereien, Mühlen, Landmaschinen-Werkstätten, Metzgereien usw.

Diese erschreckenden Zahlen sind seit dem Beitritt der 10 neuen EU-Staaten mindestens zu verdoppeln. Angesichts der

– bereits vorhandenen Arbeitslosigkeit in den meisten Staaten des Kontinents;

– der Tatsache, dass der anvisierte Weltmarkt-Preis einerseits auf Betrieben von durchschnittlich 500 ha Grösse – andererseits mit dem Einsatz der industriellen Methoden (= grossflächige Monokulturen mit massivem Pestizid-Einsatz; Massentierhaltung mit nutritiver Antibiotika Verwendung und vielerorts unter Zuhilfenahme von Hormonfütterung; der Nutzung gentechnisch veränderter Organismen) erreicht wird;

– dass hinter den «Weltmarkt-Preisen» nicht selten staatliches Dumping steckt, muss von einer katastrophalen Politik für Mensch und Umwelt gesprochen werden. Man denke z.B. an die Versalzung grosser Gebiete als Folge intensivsten Düngereinsatzes; an die gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Konsumenten durch die sog. Veredelungsindustrie; an das unbewältigte Problem der Hormon- und Pestizid-Rückstände, resp. derer Metaboliten, usw.

**Was hat die schweizerische Landwirtschaft von einem Freihandelsabkommen zu erwarten?**

Kurz gesagt – die Liquidierung!

Es ist schlicht naiv, wer glaubt, eine schweizerische Landwirtschaft mit ihren kleinräumigen Strukturen, ihren klimatischen und topographischen Gegebenheiten und dazu in einem Hochlohnland mit gut entwickeltem, sozialem Schutz für die Arbeitnehmer könne sich als flächendeckende, produzierende Landwirtschaft halten.

Wie die Entwicklung läuft, zeigen sehr eindrücklich

– der Zusammenbruch der dörflichen Milchverwertungsbetriebe (Käsereien) und des privaten Käsehandels – Emmi hilft als Totengräber des gewerblichen Mittelstandes wacker mit.

– die neuesten Entwicklungen im Zuckermarkt, wo auf Druck der WTO der Mindestpreis für Zuckerrüben für die Bauern der EU um 42,6 % gesenkt wurde.

Je mehr sich die Schweiz in das System der EU eingliedert, umso rascher wird auch unsere Landwirtschaft mit den «Weltmarktpreisen» beglückt werden.

**«Weltmarktpreise» aber sind politische Preise und haben weder mit Gestehungskosten noch mit der Existenzsicherung der einheimischen Landwirtschaft – mit all ihren Aufgaben – etwas zu tun.**

Fortsetzung Seite 12



## Kanton Aargau



**SD Aargau steigen mit 10 Kandidaten in den Nationalratswahlkampf**

## Die SD Aargau gehen als soziale Heimatpartei unters Volk!

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau haben für die am 23. Oktober 2011 stattfindenden Nationalratswahlen 10 Kandidatinnen und Kandidaten nominiert. Die SD Aargau wollen im Nationalratswahlkampf ihre Rolle als oppositionelle Heimatpartei voll ausschöpfen. Das heisst nichts anderes, als dass die SD für ihre eidgenössische Volksinitiative «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung» sowie für die von den SD Aargau lancierte aargauische Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten» die Bevölkerung ansprechen und mit beiden Volksbegehren für ihre politischen Ziele sensibilisieren wollen. Ob die SD Aargau mit anderen Parteien eine Listenverbindung vereinbaren

wollen, steht momentan noch nicht fest.

Folgende Kandidatinnen und Kandidaten stellen sich für die Nationalratswahlen vom 23. Oktober 2011 zur Verfügung: Kunz René, Grossrat, Reinach; Wiederkehr Lidwina, ehem. Gemeindeamman, Rekingen; Reiniger Thomas, Wegenstetten; Müller Urs, ehem. Grossrat, Schöftland; Wagner René, Hirschthal; Aeschbach Kurt, ehem. Grossrat, Dürrenäsch; Reiniger Nicole, Wegenstetten; Najman Dragan Dr., Grossrat, Baden; Favre Bernard, ehem. Einwohnerrat, Nussbaumen; Egloff Albert, Bellikon.

*René Kunz, Grossrat,  
Kantonpräsident, Reinach*

**Der Chefökonom der Economiesuisse...***Fortsetzung von Seite 11*

Statt weiterer eigener Kommentare sei an dieser Stelle Prof. Bernd Senf zitiert. Er schreibt in seinem Buche «Die blinden Flecken der Oekonomie» auf Seite 269 (Zitat): Die stürmische Entwicklung der Globalisierung der Märkte wird von grossen Teilen der Gesellschaft wie ein unabwendbares Naturereignis hingenommen. Auch wenn die globalen Finanzströme mittlerweile wie Orkane über ganze Länder und Erdteile hinwegfegen und Überschwemmungen an den Finanzmärkten herbeiführen, während andere Teile der Welt in finanzielle Dürrekatastrophen stürzen, handelt es sich nicht um Naturkatastrophen, sondern wesentlich um das Ergebnis weltweit durchgesetzter neoliberaler Politik in den letzten 20 Jahren; das Ergebnis einer dadurch immer deutlicher zutage tretend (Dynamik

eines entfesselten Kapitalismus, der hemmungslos seinen immanenten Zwang nach exponentiellem Wachstum des Kapitals auslebt, wenn es sein muss auch gegen die vitalen Interessen von Menschen, Völkern und der gesamten Natur. **Die «Globalisierung der Märkte» ist nur ein Deckname für die Globalisierung der Kapitalherrschaft, für die Weltherrschaft des Kapitals.** Damit ist klar zum Ausdruck gebracht, auf welcher Seite der Barrikade Rudolf Minsch und damit die Economie Suisse, steht. Ist es notwendig noch darauf hinzuweisen, dass die Bauern der EU, genau so wie jene der USA oder Kanadas, Neuseelands oder Australiens (auch ohne Naturkatastrophen) unter einem unmenschlichen Druck stehen! Ihrer Aufgabe, gesunde Lebensmittel zu produzieren können sie längst nicht mehr nachkommen.

*Valentin Oehen,  
e. Nationalrat, Köniz*



viele Menschen auf dem armen Planeten Erde, sind das Hauptproblem. Massenmigration wird es nicht lösen! Ewiges Wachstum in einem begrenzten Raum ist nicht möglich. Nicht nur die Welt als Ganzes ist begrenzt, auch der einzelne Nationalstaat. Bereits ist die hinterste Ecke der Erde teilweise dicht besiedelt! Jedes Volk hat ein Recht auf Überleben. Eine zu dichte Bevölkerung ist doch keine Frage ausschliesslich materieller Dinge wie Beschaffung von Nahrungsmitteln, eines Dachs über dem Kopf oder notwendiger Kleidung. Sie erzeugt auch seelische Störungen! Dem oberflächlichen Wunderglauben «Wachstum» ist eine Absage zu erteilen. Zwar reden die Medien in jedem möglichen und unmöglichen Zusammenhang von Nachhaltigkeit. Dass Wachstum aber grundsätzlich nicht nachhaltig ist, wird fast nirgends erwähnt. Wachstum und Nachhaltigkeit sind wie Feuer und Wasser.

Selbstverständlich ist die Masseneinwanderung nicht die einzige Schwierigkeit der Schweiz. Aber nur die SD nimmt diese ernst. Andere Schweizer Parteien haben alle

einen Haken. Die SVP erkennt die andauernde Einwanderung zwar als Problem. Sie versucht jedoch den Spagat zwischen Bekämpfung der Einwanderung und dem Neoliberalismus. Auch die wirtschaftlich motivierte Einwanderung, die sogenannte Personenfreizügigkeit, ist schädlich! Die Grünen sind zwar geistig auf die Ökologie fixiert, aber ohne zu erkennen, dass auch die Bevölkerungsvermehrung durch Einwanderung ökologisch verheerend ist. Die SP ist nur auf soziale Probleme abonniert. Die FDP hilft vornehmlich reichen Leuten. Und bei der CVP weiss man nicht, was man unterschreibt. Für die Schweiz ist eines dringlich: Das neue Volksbegehren der SD gegen das ausschliesslich migrationsbedingte Bevölkerungswachstum ist möglichst schnell zu unterschreiben. Nicht nur Arbeitslosigkeit, auch Übervölkerung ist ein Problem! Die hektische Vielgeschäftigkeit des Bundesrates ist abzulehnen. Es gibt nur ein dringliches Geschäft: Kündigung des Abkommens über den freien Personenverkehrs.

Die Schweiz hat übrigens kein «Ausländerproblem», wie die Medien immer wieder verschleiern sagen und schreiben, sondern ein Einwanderungsproblem, was nicht dasselbe ist! Es kommen immer mehr neue Einwanderer hinzu!

*Jean-Jacques Hegg,  
e. Nationalrat, Dübendorf*

## Nicht Finanzkrise, Systemkrise!

**Migrationsströme, Fukushima, Aufstände in Nordafrika, multikulturelle Krawalle in England, Börsencrash, Hungersnot in Ostafrika, über 8 Millionen Bewohner in der kleinen Schweiz, darunter viele Illegale, Klimaveränderung, herumschiessende Pseudoflüchtlinge, weltweite Schuldenkrise, Blutbad in Norwegen, entfesselte Ordnungstruppen in Syrien, Völkervermischung, Aussterben eingeborener Europäer und Europäischstämmiger, sich selber servierte jährliche Millionenlöhne auf der einen, Verarmung grosser Bevölkerungskreise auf der andern Seite, verschwindender Mittelstand, wen wundert es, statt angekündigter angeblicher Globalisierung droht das Chaos: Es ist das Fiasko einer einseitig auf Wachstum ausgerichteten Politik! Ewiges Wachstum in einem begrenzten Raum ist unmöglich, der Rückschlag musste kommen. Sowohl der Planet Erde als auch die einzelnen Nationalstaaten sind begrenzte Räume.**

Was wir haben, ist keine Finanzkrise, sondern eine allgemeine Systemkrise, Krise des Neokapitalismus. Seit die Angst vor der Sowjetunion und der Ausbreitung eines totalitären Kommunismus verflogen sind, meinen Dunkelmänner, graue Eminenzen und eine wirtschaftliche Pseudoelite, welche die Macht tatsächlich innehaben, sie

könnten tun, was sie wollten. Der Kommunismus war zwar keine Lösung, beileibe nicht. Internationalismus, Globalisierung, freier Personen-, Waren- und Kapitalverkehr sind es allerdings auch nicht! Durch diese Entwicklung wird die Politik völlig entmachtet, Demokratisierung hin oder her. Die einzigen Instanzen, die auf der Welt noch gesetzgeberische Kompetenzen besessen, nämlich die Nationalstaaten, werden aufgelöst. Dabei geht vergessen, dass es nicht nur menschengemachte Gesetze gibt, die Juristerei, das Völkerrecht eingeschlossen, sondern auch Naturgesetze, die dem geschriebenen (menschengemachten) Recht übergeordnet sind! Heute haben aber nur noch Juristen und keine Naturwissenschaftler mehr das Sagen.

Was ist zu tun? Die Kompetenzen sind dem Nationalstaat zurückzugeben. Penetrant beschworene völkerrechtliche Regeln sind obsolet geworden und zu revidieren. Die einzelnen Nationalstaaten sind selbst dafür verantwortlich, Erklärungen zu erteilen, dass sie sich nicht übevölkern. Der Zwang, Flüchtlinge aufzunehmen, ist abzuschaffen. Selbstverantwortung mit Mass gilt doch nicht nur für das Individuum! Ökologischen Erkenntnissen ist auf der politischen Ebene endlich Nachachtung zu verschaffen. Übervölkerung, zu

**Leserbrief**

## Eigenartiges Demokratieverständnis

Warum haben die Stimmbürger die Ausschaffungsinitiative angenommen und den Gegenvorschlag verworfen? Weil ihnen eine niedrigere Kriminalitätsrate wichtiger ist, als Bleiberecht und Wohlergehen ausländischer Straftäter. Grund genug, die Initiative ohne Wenn und Aber umzusetzen. Es scheint aber, dass die Stimmbürger die Rechnung ohne Bundesrätin Sommaruga gemacht haben. Sie setzte flugs eine Arbeitsgruppe unter Professor Heinrich Koller ein, dessen Aufgabe es sein dürfte, der Ausschaffungsinitiative unter Umgehung des Volkswillens die Zähne zu ziehen. Dazu bedient sich der Professor des Völkerrechts, das er so extensiv auslegt bzw. zurechtbiegt, dass der Volkswille ausgehebelt werden kann.

Übrigens, was ist das für ein Völkerrecht, das uns zwingen will,

ausländische Kriminelle (womöglich auf unsere Kosten) zu beherbergen? Drängt sich unter diesen Umständen nicht eine eigene, wesentlich restriktivere Fassung des Völkerrechts auf? Zudem sind Versuche von Rechtsprofessoren und Gerichten, unliebsame Abstimmungsergebnisse im Sinne der «classe politique» zu kippen, gefährlich. Denn sie sind ein Angriff auf unsere direkte Demokratie. Schliesslich werden diese Juristen mit Geldern, welche die Stimmbürger erwirtschaften, bezahlt. Folglich sollten sie deren Willen und nicht die Sichtweise von Sommaruga umsetzen. Besser wäre allerdings, man würde diesen sogenannten Staatsdienern gar nicht erst die Gelegenheit geben, an Volksentscheiden herumzudeuteln.

*Otto Weiersmüller, Utikon*



## 50 ans d'existence de notre mouvement

*Chers compatriotes,  
Chers militants,  
Chers sympathisants*

En ce jour du 1er août nous célébrons en plus de la fête nationale les 50 ans d'existence de notre mouvement. Nous saluons la présence de notre président d'honneur Valentin Oehen parmi nous. Il est d'usage pour célébrer la fête nationale de lire le Pacte Fédéral du 1er août 1291. Au début du pacte il est écrit: «Considérant la malice des temps et pour être mieux à même de défendre et maintenir dans leur intégrité leurs vies et leurs biens, etc...» Retenons l'expression «la malice des temps». Par cette formule, nos anciens confédérés voulaient souligner qu'il n'est toujours pas aisé de discerner d'où vient la menace.

J'ai achevé l'année passée mon allocution par la vision suivante: «L'Euro passera, l'UE passera, la Suisse restera». Moi-même je ne pouvais pas m'imaginer que l'Euro allait pareillement se dégrader en une année. En tant que nationalistes, c'est avec un sentiment d'amertume que nous voyons ces foules grecques désespérées manifester. Le patrimoine du peuple grec, l'eau, les transports, l'électricité, les installations portuaires et d'autres biens, tout va être vendu à bas prix. Il ne restera au peuple grec qu'une montagne de dettes à rembourser et des intérêts exorbitants à payer, ce qui dépasse la capacité économique du pays. Le peuple grec a su montrer du courage au cours de son histoire et ne mérite pas ce sort. Il est victime de sa classe politique. Il est déplacé de penser que nous sommes meilleurs.

Regardons notre classe politique. Le Conseil fédéral était pour l'adhésion à l'Espace Economique Européen EEE. Tous les conseillers fédéraux issus des 4 partis de la coalition gouvernementale étaient pour l'adhésion à l'Union européenne UE et ont déposé une demande d'adhésion à l'UE avant la votation sur l'EEE. Les Chambres fédérales étaient pour l'adhésion à l'EEE, le Conseil des Etats avec une majorité de type soviétique. Les 50 journaux les plus importants de la Suisse recommandaient

le oui. Les régies fédérales envoyaient une lettre aux employés pour recommander le oui. Les mass media, les syndicats, les Eglises, les organisations économiques, les Conseils d'Etat recommandaient le oui. En déc. 1992 le peuple et les cantons ont voté non à l'EEE. Les deux plus grands cantons, Berne et Zurich, disaient non. Il ne s'agissait pas d'une campagne de votation ordinaire. *La Suisse a été soumise à une entreprise de subversion.* La Suisse a tenu bon face à la malice des temps, ceci grâce à nos institutions et nos traditions. Si notre destin ne dépendait que de notre classe politique, nous serions dans l'UE.

Notre classe politique a vendu 1500 tonnes d'or sur les 2500 tonnes de réserve à bas prix, alors que la confiance dans le papier-monnaie se lézardait, ceci en vue de faire une fondation qui distribuerait l'argent obtenu de la vente tout azimut, comme s'il n'y avait pas de problèmes pour financer nos assurances sociales. Notre classe politique a soutenu l'Euro pour plus de 20 milliards, alors qu'il est illusoire d'aller contre les tendances de fond du marché. La même classe rachète pour env. 60 milliards de titres «toxiques» d'une banque privée. Nous pourrions continuer à compléter cette liste.

Le Conseil fédéral vu le refus de l'EEE a mis sur pied les Bilatérales dans le but de réduire les obstacles à une future adhésion à l'UE. Aujourd'hui nous fêtons le jubilé des 50 ans de notre mouvement. Nous sommes le seul parti qui n'a jamais transigé sur la défense de la souveraineté nationale, que ce soit sous la présidence de James Schwarzenbach, de Valentin Oehen et des autres présidents. Les DS ont lutté contre tout abandon de souveraineté et lorsque la Suisse a été attaquée d'une façon insidieuse sur la question des fonds en déshérence, nous avons défendu la Suisse. Vu la situation actuelle de l'Europe, les partisans d'une adhésion ont diminué, mais il ne faut pas croire que nous sommes hors danger. Les partisans de l'adhésion n'avancent plus à visage découvert, mais à pas feutrés, voire l'affaire du Cassis de Dijon. Nous avons un ré-



Dr. Michel Dupont

pit. Le cas de la Grèce est instructif à plus d'un égard. Jacques Delors, président de la Commission européenne, avait déclaré que tous les pays membres de l'UE étaient gagnants, certainement pas la Grèce d'aujourd'hui. Bruxelles savait qu'il fallait être vigilant quand le gouvernement grec communiquait des données, il y avait déjà eu l'affaire des subventions à la production de l'huile d'olive, production qui augmentait chaque année sur le papier. On a laissé faire. Pourquoi? Les forces dominantes à Bruxelles sont les mondialistes. Notre président Ruedi Keller a déjà traité ce sujet, one world. Le but visé

n'est pas l'Europe, mais la gouvernance mondiale. Dans le traité Constitutionnel Européen refusé d'une façon inattendue par le peuple français. Les peuples en Europe ne peuvent que dire oui. Dans le titre V du traité, action extérieure de l'union, chapitre I, dispositions d'application générale, sous la lettre e il est stipulé «Encourager l'intégration de tous les pays dans l'économie mondiale, y compris par la suppression progressive des obstacles au commerce international»; sous la lettre h «Promouvoir un système international basé sur une coopération multilatérale renforcée et une bonne gouvernance mondiale». Le mot est lâché, une gouvernance mondiale. Ainsi s'explique la candidature de la Turquie à l'UE, le lancement de l'Union Méditerranéenne. Dans cet enjeu le peuple grec ne compte guère. C'est à nous d'utiliser le répit qui nous est offert pour reconquérir les abandons de souveraineté, à commencer par la libre circulation des personnes. Aidez-nous, soutenez notre initiative. L'avenir de notre pays n'est pas l'UE, n'est pas d'être un élément de la gouvernance mondiale, l'avenir de notre pays est la Suisse et encore la Suisse libre et souveraine.

*Michel Dupont, Pully*

Genève trop accueillante envers les dealers

## Le MCG avait raison

**Avant tout le monde, nous avons dit la vérité.**

Quand le MCG filme le trafic de drogue aux Pâquis et que l'on voit des personnes originaires d'Afrique, on le traite de raciste et on organise une manif.

Regardez la première page de la «Tribune» d'aujourd'hui! On voit ces mêmes personnes que le MCG avait filmées. «SOS Racisme» va-t-il s'émouvoir ou est-ce qu'en deux ans il est devenu politiquement correct de voir la réalité de nos rues?

Les mêmes descriptions de «dealers» figurent dans cet article de la «Tribune». Il y est question

d'un «supermarché de la drogue», en reprenant les mêmes mots utilisés par le MCG. Nous ignorons si certains vont continuer à jouer les vierges effarouchées face à une réalité qui est devenue inquiétante.

Cela démontre que le combat du MCG contre les dealers et la hausse de la criminalité est juste, alors que les autres partis se cachent les yeux.

Mais cette activité a pris une proportion telle qu'elle n'est plus dissimulable.

*Mauro Poggia,  
vice-président du MCG  
Soli Pardo, membre du Bureau  
directeur du MCG*

## Le Grand Conseil vaudois demande un durcissement des peines

(pd) C'est avec satisfaction que la Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police (FSFP) a pris acte de l'acceptation par le Grand Conseil vaudois de l'initiative cantonale demandant aux Chambres fédérales de durcir les peines infligées aux coupables de violences ou de menaces contre les fonctionnaires.

«Nous sommes très heureux que le Parlement cantonal vaudois envoie ce signal à la Berne fédérale. C'est un soutien important apporté à notre pétition «Stop à la violence contre la police», laquelle réclame une plus grande sévérité contre ces délits», déclare Max Hofmann, secrétaire général de la FSFP.

A une très forte majorité, le Grand Conseil a soutenu hier une initiative cantonale pour demander aux Chambres fédérales un durcissement des peines infligées à ceux qui exercent des menaces ou des violences contre la police et les autorités. Cette initiative soutient la pétition «Stop à la violence contre la police», remise à la Confédération en novembre 2009. La FSFP attire ainsi l'attention du Conseil fédéral et du Parlement sur l'augmentation massive de la violence contre la police. La pétition demande à la Confédération une lutte résolue contre la violence, laquelle est également dirigée contre l'Etat. En outre, la minimi-

sation constante de celle-ci se répercute sur le respect dû à l'Etat. Cette évolution est dommageable pour la sécurité intérieure de la Suisse.

### La violence n'est pas un risque du métier

Presque parallèlement à l'émission vers Berne de ce signal clair, deux policiers ont à nouveau été victimes de violence à Orbe VD. En effet, un jeune Suisse de 25 ans a aspergé d'huile brûlante des policiers postés dans une cage d'escaliers. Deux d'entre eux ont été blessés et ont dû être transportés à l'Hôpital universitaire de Lausanne (CHUV). Le premier souffre de

graves brûlures à l'épaule et à la cuisse, le second a été touché au bras. «Il est choquant de constater la manière dont des fonctionnaires de police peuvent passer d'une seconde à l'autre du statut de protecteur à celui d'ennemi», s'indigne Max Hofmann, secrétaire général de la FSFP: «Chaque agression contre un fonctionnaire de police est une attaque de trop! Cette année encore, nous déploierons de nouveaux efforts pour mieux protéger nos collègues. En effet, la violence ne doit pas devenir un risque du métier.»

Fédération Suisse  
Fonctionnaires de Police

## «Lady Gaga» – civilisation occidentale gaga



Toute époque a les «artistes» qu'elle mérite. Cette «Lady Gaga» ne me dérange pas plus que ça. Elle est, comme tant d'autres personnes médiatisées, un reflet, non seulement du mauvais goût immuable d'une majorité de l'humanité qui n'aspire qu'aux jeux du cirque et à sa dose automobile, mais aussi de notre civilisation et de notre culture sur le déclin. Déclin des valeurs de la liberté, chèrement acquise au fil des siècles par le sang de nos ancêtres, que nous galvaudons aujourd'hui, vautés dans la société de surconsommation de biens, de services et de perversions sexuelles, de drogues de toute nature, face aux poussées du capitalisme sauvage et des dogmes religieux les plus obscurantistes, à commencer par l'islamisme, qui étend silencieusement ses tentacules barbares en Europe dans l'indifférence de la majorité des tubes digestifs qui sont appelés à élire des cuistres et des canailles inféodés aux lobbies les plus veules. Déclin démographique, puisque les Européens de souche inféodés aux mirages de l'hédonisme et du carriérisme (tous deux hostiles à la notion d'enfants élevés correctement avec les sacrifices que cela implique) ont un taux de natalité de 1 enfant par femme, la différence étant compensée par l'immigration et leurs descendance en provenance des pays qui nous fournissent nos

esclaves modernes (ouvriers sur les chantiers, bonnes à tout faire, nettoyeurs), entraînant dans leur sillage des dealers, voleurs, violeurs et autres canailles, dont les islamistes avec un taux de natalité moyen de cinq enfants par femme au moins.

Pendant ce temps, les artistes comme «Lady Gaga» se trémoussent sur la vacuité culturelle de la génération internet et focalisent l'attention du peuple dégénéré. Un peuple qui est à conquérir lentement, sans guerres ou presque, avec la complicité de nos oligarques capitalistes-gauchistes.

Si rien ne change, à la fin du siècle, les Européens seront minoritaires en Europe et peut-être déjà dès 2030 aux Pays-Bas et 2050 en France et en Grande-Bretagne. L'Europe serait alors une sorte de Brésil, avec une clique de super-riches dominant une masse de super-pauvres, la classe moyenne ayant été explosée, avec la charia en prime. En Espagne par exemple, où la jeunesse est ravagée par le chômage, la crise des valeurs, l'alcoolisme de masse, la violence des bandes allogènes, des adultes de 30 ans qui vivent encore chez leurs parents, le droit-de-l'hommisme à outrance, la décomposition des structures familiales traditionnelles, des programmes TV adultes pour âge mental de 5 ans, le taux de natalité global est de 1.1 enfants par femme, soit 0.9 en ne comptant que les Européennes. 1.2 en Italie, 1.4 en Allemagne... En France, le taux est le plus élevé, avec 2 enfants par femme, mais il faut distinguer entre les Européens, encore majoritaires, avec peut-être près de 1.3 enfants par femme et les Afro-musulmans,

proches de 3 enfants par femme ou plus. Si rien ne change, la pollution, le bétonnage à outrance, le cancer automobile, les pesticides, la peste nucléaire et le dérèglement climatiques, les drogues chimiques ou informatiques accéléreront la faillite de notre civilisation matérialiste gangrénée par les mafias, les organisations occultes de l'oligarchie, les fous scientifiques et les

fous religieux islamo-judéo-chrétiens qui récupèrent les nombreuses victimes lobotomisées du système dans le but de pondre un maximum de gosses lobotomisés dès la naissance afin de supplanter numériquement les autres. Idem pour les USA. Finalement, je trouve que cette chanteuse porte bien son nom pour notre époque gaga.

Boris Castel

### L'ONU dénonce l'insécurité à Genève

## Échec gravissime du Gouvernement

**Nos autorités ont fait de notre ville le paradis des criminels, des dealers et des agresseurs. Le MCG veut en finir avec les politiques molles et lâches.**

Le MCG qui n'a cessé de dénoncer un développement de l'insécurité est rejoint par l'ONU. L'Organisation des Nations unies met en garde ses employés et leur déconseille de sortir le soir, comme l'a relevé notamment «Le Matin» (14 août).

Notre ville, considérée comme sûre pendant de nombreuses années, est ainsi montrée du doigt. Cette réalité, que nos autorités ont tenté de camoufler, apparaît au grand jour.

Nous avons donc tout à fait raison de nous élever contre les dealers, contre les gangs mafieux de mendiants, contre les criminels qui pourrissent notre ville.

Une fois de plus le PLR, parti dominant de Genève, a démontré son impuissance. Il faut reconnaître qu'après deux ans de règne, l'élue PLR Isabel Rochat a déçu malgré sa bonne volonté. Mais les bonnes

intentions ne suffisent pas. Face à ce mal qui nous ronge, il nous faut faire preuve d'une réelle détermination, se donner les moyens d'une politique et AGIR comme le propose le MCG.

Il faut savoir que Genève compte toujours près de la moitié moins de policiers que Bâle, ville comparable. Cette incompétence aura un prix fort à payer pour les Genevois qui verront les institutions internationales préférer d'autres lieux et les grands groupes préférer le canton de Vaud où logement et sécurité sont plus présents!

Par la mollesse de nos autorités, la situation se dégrade sûrement. La réaction de l'ONU prouve que notre Conseil d'Etat donne une certaine image de Genève: le paradis des criminels et des agresseurs! **Le 23 octobre, réagissez. Il faut que ça change: votez et faites voter MCR-MCG, la liste No 12!**

Eric Stauffer,  
président du MCG, Onex  
Carlos Medeiros,  
vice-président du MCG, Genève

## Leserbriefe

**«Christliche» Gewalt gab es schon früher**

Zur Bluttat von Norwegen. Verbrecherische Politik von nicht christlich handelnden «Christen», um etwas abzuwehren oder zu erreichen, gab es schon vor Breivik, der sich als «Christ» bezeichnet, Religion aber als Krücke für schwache Menschen qualifiziert. Im Mittelalter haben selbst ernannte «Christen» Ketzer, Juden und «Hexen» verbrannt sowie Kreuzzüge geführt. Auch später wurde kriegstechnisch völlig unnötig Dresden, Hiroshima und Nagasaki total vernichtet und in Pearl Harbour wurden Tausende von Wehrmännern geopfert, um einen Grund für den Kriegseintritt der USA proklamieren zu können. Wurden die verantwortlichen «Christen», wie es Breivik zu Recht blühen wird, auch lebenslänglich verwahrt?

Es ist sicher richtig, dass man auch Vertreter von «Verschwörungstheorien», wie auch der Massenmörder Breivik einer ist, künftig ernst nehmen und nicht einfach als Dummköpfe bezeichnen soll. Man muss auf ihre Argumente eingehen, gibt es doch nicht nur Theorien, sondern auch echte politische und wirtschaftliche Verschwörung. Nicht ernst genommene kriminell veranlagte kritische Zeitgenossen sind dann in der Gefahr, ihre Ohnmacht in Form von Gewaltmassnahmen darzustellen. Wie weit ist in Norwegen andererseits die Befürchtung von Breivik ernst genommen worden, es finde eine übermässige Islamisierung, eine allgemeine Überfremdung und eine Abkehr von konservativen Werten statt? Nicht ernst genommen wurde auch der Schlächter

von Zug. Aber ein Gefahrenpotenzial für gewalttätig Veranlagte sind auch verpasste Maulkörbe durch eine zu weit gehende Beschränkung einer nicht verunglimpfenden Meinungsäusserungsfreiheit wie sie beispielsweise der 1994 von einer knappen Mehrheit gut geheissene Antirassismus-Artikel gebracht haben. Dank unsern rechtsbürgerlichen Parteien wie SVP, EDU und Schweizer Demokraten kommt das Unbehagen bezüglich Überfremdung und Wertezerrfall sehr deutlich zum Ausdruck. Deshalb besteht weniger die Gefahr, dass sich ungehörte und ohnmächtig fühlende Kritiker durch ein spektakuläres Verbrechen bemerkbar machen.

Es wäre darum aber an der Zeit, dass diese Parteien wie geplant, bald auch den Rassismus-Artikel ins Visier nehmen würden. Verleumdung, Herabwürdigung, die ich auch Fremden gegenüber strikte ablehne, war und ist auch ohne diesen neuen Artikel strafbar. Der auch von Prof. Dr. Marcel A. Niggli, gemäss seinem 500-seitigen Kommentar, als unklar bezeichneten Strafartikel ermöglicht es jedermann, öffentlich wirksam Anzeige zu erstatten was – weil als Offizialdelikt konzipiert – besonders dann zu einer ungerechten öffentlichen Rufschädigung führt, wenn (wie in den meisten Fällen) danach eine Schuld vom Gericht nicht erkannt wird. Aus diesem Grund werden im Buchhandel aus Angst viele kritische Bücher nicht geführt und in der Presse manches nicht geschrieben.

*Emil Rahm, Hallau*

**Gefährliche Schubladisierung**

So schrecklich und unfassbar die Tat von Oslo auch ist, sind mir beim Lesen der Beiträge vor allem zwei Dinge aufgefallen, die mich sehr nachdenklich stimmen. Zum einen die Forderung nach mehr und immer noch mehr Überwachungsstaat, welche nichts Gutes erahnen lässt. Zum zweiten liest man über den Täter Anders Behring Breivik, dass er ein Christ und Rechtsextremer sein soll.

Was wird da dem Leser für ein Bild vermittelt? Es kann zu einer gefährlichen Schubladisierung führen, sodass Christen automatisch mit Rechtsradikalismus in Verbindung gebracht werden. Auch zu

bedenken ist, dass ein grosser Teil der norwegischen Bevölkerung Christen sind. Daher finde ich es unfair, es in den Medien derart aufzubauschen, dass der Täter ein Christ ist, weil es den Menschen suggeriert, Christen seien mörderischer als andere. So wird der Gesellschaft Angst eingejagt vor den Christen und sogenannten Rechtsradikalen, da ja hinter jedem ein potenzieller Massenmörder stecken könnte.

Genau dies wird einer zunehmenden Überwachung und Verfolgung dieser Volksgruppen Tür und Tor öffnen.

*Martin Bracher, Büsserach*

**Pressekader mit Füßen getreten**

Der Abhörskandal der britischen Boulevardzeitung «News of the World» zeigt einmal mehr, wie von den Medienunternehmen der ehrwürdige Pressekodex mit Füßen getreten wird. Dies war jetzt ein erster bekannt gewordener Fall von grösster Missachtung des Pressekodex! Der nächste wird mit ziemlicher Sicherheit nicht lange auf sich warten lassen. Murdochs Medienimperium ist so ungesund gross, dass sogar noch Schlimmeres zu erwarten ist. Überhaupt ist es mehr als fragwürdig, dass die Regierungen es zulassen, dass eine einzige Person so viele Medienerzeugnisse besitzen darf. Der manipulative Einfluss, den Rupert Murdoch auf die Konsumenten seiner Medienerzeugnisse ausübt, gibt zu ernsthafter Besorgnis Anlass. Könnte es sein, dass die Politiker

Angst davor haben, die Gunst von Murdoch zu verlieren und sie darum nichts gegen sein Medienimperium unternehmen? Der Medienzar ist in der Lage, jeden Politiker und Kritiker seines Imperiums medial so durch den Dreck zu ziehen, dass seine Karriere durch Rufmord abrupt beendet wird. Ist uns eigentlich bewusst, dass durch Mediengiganten wie Murdoch, ganze Völker mit gezielten Falschinformationen irreführt werden? Jetzt ist es an der Zeit, dass wir nicht mehr einfach alles schlucken, was wir vorgesetzt bekommen, sondern wir beginnen wieder selber zu denken und zu hinterfragen. Die letzte Stunde der medialen Massenmanipulation hat jetzt geschlagen. Es lebe die freie, mündige Volkspresse!

*Martin Bracher, Büsserach*

**Fluglärmsstreit: Die Lösung**

Ein desinteressierter Bundesrat Leuenberger begab sich 2001 nach Berlin, um über eine Reduktion der Nordanflüge zu verhandeln. Es hätte aber gar nichts zu verhandeln gegeben, denn das Abkommen von Chicago von 1944, das von Deutschland und der Schweiz ratifiziert wurde, garantiert das Recht zum freien Überfliegen der Vertragsstaaten. Dieses Recht wurde zudem 1999 in einem Luftverkehrsabkommen zwischen der Schweiz und der EU bestätigt. Die von Deutschland per Dekret verfügten Beschränkungen der Nordanflüge auf Zürich stellen indes nicht den einzigen klaren Rechtsbruch dar. So hat Deutschland auch das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz und das Abkommen über den NEAT-Zubringer Karlsruhe – Basel gebrochen, was unsere Landesregierung klaglos akzeptierte. Angesichts der Leichtigkeit, mit der Erfolge über die Schweiz (alt Bundesrat Merz lässt grüssen) zu erzielen sind, gedenkt Deutschland nun einen weiteren Coup zu landen – die Anzahl Nordanflüge soll nochmals redu-

ziert werden. Dabei hätten wir gegen rechtswidrige deutsche Forderungen Trümpfe in der Hand und müssten sie nur ausspielen. Es können mehrere Beispiele genannt werden: Transitfahrten deutscher Lastwagen durch die Schweiz im gleichen Mass reduzieren wie die Nordanflüge. Güterwagen der DB, die schweizerische Lärmkriterien nicht erfüllen, von Transitfahrten durch unser Land ausnehmen. Lebensmitteleinkäufe von Schweizern in Deutschland mittels Zöllen unrentabel machen. Firmen aus Ländern, die internationale Verträge verletzen (was auf Deutschland ja zutrifft) von öffentlichen Aufträgen ausschliessen. Den Deutschland zustehenden Anteil Quellensteuer so lange einfrieren, bis es internationale Verträge wieder einhält. Dann würde bei unserem nördlichen Nachbarn die Einsicht reifen, dass die Zeiten von Leuenberger und Merz endgültig vorbei sind. Nur ist halt unsere Landesregierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung weder fähig noch willens, Deutschland Paroli zu bieten.

*Otto Weiersmüller, Utikon*

**Facebook-Gruppe:  
Stopp Masseneinwanderung:  
Die Schweiz ist bereits überbevölkert!**

**Usrüefe nützt nüt!  
Muesch jetz an d'Seck und  
Unterschrifte sammle.  
Stabilisierung und denn  
Usländerabbou!  
Lueg under [www.schweizerdemokraten.ch](http://www.schweizerdemokraten.ch).  
(Talon uf dr letschte Zitigsite!)**

Offizielles Organ der  
Schweizer Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**  
*Adrian Pulver,*  
*SD-Geschäftsführer, Bern (CR)*

*Rudolf Keller, e. Nationalrat /*  
*e. Landrat, Frenkendorf*

*Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden*

## SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – alle helfen mit!

**Wir zählen auch auf SD-Leute, welche bei Standaktionen oder  
Verteilaktionen von Haus zu Haus mitmachen.**

Man kann Unterschriftenbogen bestellen über E-Mail:  
**schweizer-demokraten@bluewin.ch**

**oder noch besser mit dem untenstehenden Talon.**

  
**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement**  
**SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

### Bestellung von Unterschriftenbogen zur SD-Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung – Ausländerabbau!

Ich bestelle:

..... Bogen A4 deutsch, einmal gefaltet

..... Bogen A5 deutsch, pauschal frankiert

..... Bogen A4 französisch, einmal gefaltet

..... Bogen A4 italienisch, einmal gefaltet

(ankreuzen) Ich bin bereit, bei Standaktionen oder Unterschriftenbogen-  
Verteilungen von Haus zu Haus mitzumachen.

Name: ..... Vorname: .....

Strasse/Nr.: .....

PLZ/Wohnort: .....

Mail: ..... Telefon: .....

Datum/Unterschrift: .....

**Talon senden an: Schweizer Demokraten, Postfach 8116, 3001 Bern**